

um die richtige Auflage der Sondernummern zu kalkulieren, ist es nötig zu wissen, auf welches Interesse sie stoßen würden. Besonders müßten auch die Einzelempfänger wissen lassen, ob sie die Herausgabe solcher Sondernummern durch frühzeitigere Erneuerung ihrer Spenden unterstützen würden. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf den Fragebogen hin, der dieser Nummer beiliegt, und bitten, gerade auch diese Frage sorgfältig zu beantworten, damit wir uns ein Bild machen können. Den Gruppen, die bisher eine größere Zahl von Exemplaren verbreiten, wären wir für eine gesonderte Bestellung sehr dankbar. Die Sondernummern würden etwa den gleichen Umfang und damit auch die gleichen Herstellungskosten haben wie die normalen Nummern.

Die Redaktion versucht, auch in Zukunft die CHILE - NACHRICHTEN ohne festen Preis abzugeben. Aber die Kosten müssen aus dem Leserkreis gedeckt werden. Alle Leute, die bisher nicht für die CHILE -NACHRICHTEN gespendet haben, werden aufgefordert, dies demnächst zu tun:

Spendenkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 380087-108
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut.

Die Spenden müssen das Kennwort "CHILE - NACHRICHTEN" tragen, da sie sonst den allgemeinen Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugeschlagen werden. Eine einfache Methode ist auch, einem Brief an die Redaktion DM 10,- beizulegen. Wer nicht zahlt, kann nicht damit rechnen, weiter beliefert zu werden.

Die Kostendeckung wird erreicht, wenn man sich an folgende Übersicht hält:

Solidaritätspreis	
- bei direkter Abgabe	DM 1.-
- bei Zusendung innerhalb Berlins	DM 1,50
- bei Zusendung innerhalb der BRD	DM 2.-

Wir wollen die notwendigen Schritte unternehmen, um die Portokosten zu senken und den Versand über den Postzeitungsdienst zu ermöglichen.

Die Chile-Komitees und interessierte Buchläden können (in beschränktem Umfang) mehrere Exemplare einer Nummer gegen Voreinsendung von DM 0,50 pro Exemplar erhalten, wobei davon ausgegangen wird, daß sie zum Solidaritätspreis von DM 1,- verkaufen und die ERträge der Öffentlichkeitsarbeit des jeweiligen Komitees oder dem Spendenkonto zugewiesen werden.

Nachrichten, Beiträge und Bestellungen an: Clarita Müller-Plantenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65.

Die Redaktion bittet dringend darum, daß alle Nachrichten und Beiträge so früh wie möglich eingesandt werden, damit die eigentliche Redaktionsarbeit zeitlich besser verteilt werden kann.

Redaktion dieser Nummer: Redaktionskollektiv

Redaktionsschluß für die nächste Nummer 19.12.73
Letzter Einsendetermin: 16.12.73

CHILE-NACHRICHTEN

NUMMER 10

1.12.1973

WESTBERLIN

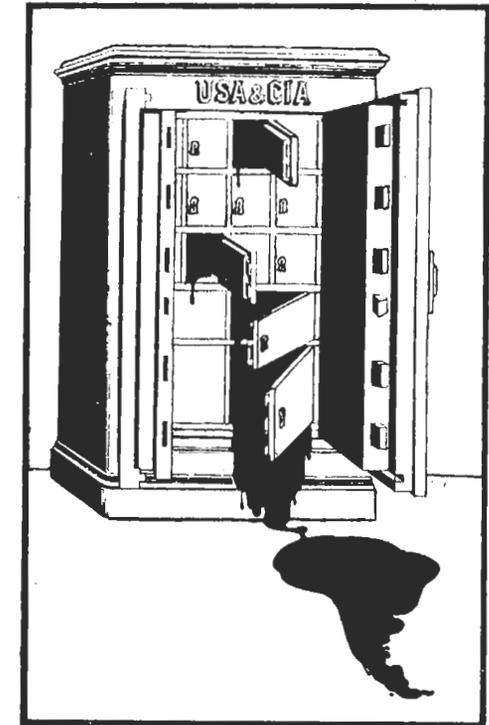
CHILE-FLÜCHTLINGE

Am Rande der Verzweiflung

In der Bundesrepublik bestehen 1300 Aufnahmemöglichkeiten für Chile-Flüchtlinge. Bis zum Redaktionsschluß ist keine Gruppe von Flüchtlingen eingetroffen. Knapp drei Monate sind seit dem Putsch vergangen. Auf Drängen und Verärgerung der Öffentlichkeit - "Warum kommen die Flüchtlinge nicht" wurde von der Bundesregierung eine Delegation nach Chile entsandt; der Verdacht, daß ein Mitglied des Verfassungsschutzes unter den Flüchtlingen ausgewählt hat sich inzwischen als Wirklichkeit erwiesen.

Inhalt

CHILE-FLÜCHTLINGE	
- Am Rande der Verzweiflung	1
- Zur Situation von Verfolgten	4
- Wie hilft man Chile?	7
- Brief der Chile-Komitees an Brandt	8
ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE	10
ERKLÄRUNG DER POLITISCHEN KOMMISSION DES MAPU	16
AUGENZEUGENBERICHTE DES WIDERSTANDES	
- Das Militär am Tag des Putsches und danach	24
- Der Widerstand bei Ex-SUMAR	28
- Das Unternehmen von Paso Nevado	38
CHILE UND LATEINAMERIKA	
- Der faschistische Militärputsch in Chile und die Repression in Peru	40
- Argentinien: Frau Perón trifft sich mit chilenischen Faschisten	43
- Chile und Kuba	43
BERUFSVERBÄNDE - BAUSTEINE DES STÄNDESTAATES	47
INFORMATIONEN	56
REDAKTIONSNACHRICHTEN	59



Der Beamte fragt nach politischer Tätigkeit, nach Freunden, Verwandten, nach Waffen, nicht nur nach Namen und Geburtsdatum, so als handele er im Auftrag der Junta. Ein politischer Flüchtling wird sich dem Verhör nicht stellen wollen: als Berufsrevolutionär eingestuft - die gilt es nach Auftrag des Bundesinnenministeriums auszusieben, wenngleich unklar ist, was darunter verstanden wird, möglicherweise eben gerade politischer Flüchtling, warum sollte er sonst das Land verlassen wollen - droht ihm die Auslieferung an die Militärjunta.

Drei Wochen sind seit der Ausreise der Beamtendelegation vergangen. Die Verhöre müssen intensiv betrieben werden; anders ist nicht zu erklären, daß für die Auswahl von 180 Flüchtlingen drei Wochen benötigt wurden, das sind nicht ganz 9 Flüchtlinge pro Tag!

Eine Protestwelle ist gelaufen: Fernsehen, Rundfunk, Presse, Unterschriften, Appelle. In Bonn spricht man weiter von der Notwendigkeit der Diskretion. Dort gibt es Kommissionen, Sonderbeauftragte. Die Ergebnisse bleiben bisher dieselben: Bürokratie, Verzögerung, Verschleppung, fehlende Koordination. Es drängt sich der Eindruck auf, daß hinter dieser Fehlorganisation eine politische Absicht steht.

Der Protest muß daher dringender, schärfer, unangenehmer werden. Das fehlende Handeln der Bundesregierung läßt die anti-faschistischen Worte und Erklärungen fragwürdig werden. Die folgende Zusammenstellung der Situation der Chile-Flüchtlinge, eine Auswahl, zeigt: Diskretion ist hier nicht am Platz!

Chile

Der Weltkirchenrat rechnet bis Ende des Jahres mit 13 000 Flüchtlingen in den Auffanglagern in Chile, die für Ausländer bestimmt sind. 3000 bis 5000 befinden sich im Augenblick in diesen Lagern, 2000 stehen mit ihnen in Kontakt, eine unbekannte weitere Zahl wagt nicht den Kontakt aus Furcht vor einem Zugriff der Junta.

Die Lager müssen bis zum 31. Dezember aufgelöst werden. Die (ver)schleppende Tätigkeit der Delegation aus Bonn veranlaßte einen Bischof aus der für die Lager zuständigen Kommission, in einem Brief an den Bundeskanzler die Abberufung der Delegation zu fordern, damit die Kirchen diese Arbeit übernehmen, den Umständen entsprechend dringlicher und schneller durchführen würden. In Bonn gibt man dieser Forderung keine Aussicht auf Erfolg.

Ein Versuch der Kirchen, sich auch um chilenische Flüchtlinge zu kümmern, wurde von der Junta abgelehnt. Die jetzt laufende zunehmend systematischer betriebene Verhör- und Verhaftungswelle läßt ein Anschwellen der Flüchtlinge auf ein Mehrfaches erwarten.

Argentinien

In Argentinien befinden sich ca. 1000 Flüchtlinge; nur Chilenen erhalten politisches Asyl. Eine größere Gruppe von nicht-chilenischen Flüchtlingen muß bis Ende November das Land verlassen haben. Gesucht: Asylland.

Die Versorgung der Flüchtlinge nähert sich einer verzweifelten Lage. Zitat aus einem Brief: "Es kommen täglich Leute aus Chile, wir haben keine Wohnungen mehr, um sie unterzubringen, kaum was zur Verpflegung."

Honduras

50 Flüchtlinge werden aufgenommen; 100 befinden sich in der Botschaft in Santiago. Gesucht: Asylland.

Kolumbien

Nach letzten Angaben befinden sich in Kolumbien 44 Chilenen; 15 nicht-chilenische Flüchtlinge müssen am 31. Dezember ausreisen. Gesucht: Asylland.

Mexiko

Chilenen erhalten Asyl; 58 Nicht-Chilenen werden über ihr Schicksal im ungewissen gehalten, Asyl wird ihnen nicht gewährt. Gesucht: Asylland.

Panama

Z.Zt. halten sich in Panama 260 Flüchtlinge auf, 40-50 können mit Asyl rechnen; Aufenthaltsgenehmigung für die anderen beträgt 90 Tage. Gesucht: Asylland.

Venezuela

27 Flüchtlinge befinden sich in Venezuela, besitzen eine Aufenthaltsgenehmigung bis zum 4. Januar 1974, erhalten kein Asyl. In der venezolanischen Botschaft in Santiago sind 160 Flüchtlinge; sie werden nur unter der Bedingung ausgeflogen (für die meisten von ihnen gibt es bereits freies Geleit der Militärjunta), wenn sich ein Aufnahme-land für sie findet. Gesucht: Asylland.

Die hier knapp geschilderte Situation der Chile-Flüchtlinge in den lateinamerikanischen Ländern läßt die verzweifelte Lage deutlich werden, ohne daß auf die Lebensbedingungen (Schwierigkeit der Arbeitssuche, etc.) eingegangen worden wäre.

Die Bundesregierung erteilt bisher keinem Flüchtling Asyl, der vorübergehend Zuflucht in einem sog. "Drittland" in Lateinamerika oder anderswo gefunden hat, obwohl dies im Ermessen der Bundesregierung liegt. Andere westeuropäische Länder haben bereits größere Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen, auch aus Drittländern: Schweden über 300, Schweiz 200 (nimmt 400), Österreich über 100 (nimmt 200), Frankreich nimmt noch unbegrenzt auf.

Noch einmal: bisher ist keine Gruppe von Flüchtlingen aus Chile oder Drittländern in der Bundesrepublik eingetroffen. Es besteht jetzt die Gefahr, daß die Bundesregierung sich mit "symbolischen Kontingenten" gegen Protest schützen will. Die dringende Forderung von Amnesty International lautet daher:

1. Sofortige Aufnahme von Chile-Flüchtlingen in der Bundesrepublik
2. Keine Auswahl der Flüchtlinge durch ministerielle Beamte und den Verfassungsschutz
3. Keine Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge
4. Aufnahme von Flüchtlingen auch aus Drittländern

Diese Forderungen richten sich an den Bundeskanzler, selbst politischer Flüchtling und zur Zeit des deutschen Faschismus Berufsrevolutionär.

Zur Situation von Verfolgten

RETTET DAS LEBEN VON LUIS VITALE !

Luis Vitale, Professor für Soziologie an der chilenischen Staatsuniversität in Santiago und an der Universität von Concepción, gilt wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten - darunter die mehrbändige, noch nicht abgeschlossene "Marxistische Interpretation der Geschichte Chiles" - als einer der anregendsten und fruchtbarsten Wissenschaftler in diesem Land. Sofort nach dem Militärputsch verhaftet, brachte er längere Zeit im Nationalstadion von Santiago zu. Seit aber das dortige Konzentrationslager aufgelöst wurde, fehlt von ihm jede Spur, sodaß viele Kollegen in Chile und ganz Lateinamerika das Schlimmste für ihn befürchten. Sie fordern dazu auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um sein Leben zu retten.

Ebenso fehlt jede Spur von Pedro Felipe Ramirez, Bergbauminister unter Allende und Schwiegersohn des christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten von 1970, Radomiro Tomic.

Wie aus einem Brief des im Konzentrationslager auf der Insel Dawson festgehaltenen ehemaligen Rektors der Technischen Staatsuniversität Enrique Kirberg hervorgeht, haben Briefe und Telegramme aus dem Ausland an die militärischen Autoritäten, in denen sich die Absender für bestimmte Gefangene einsetzen, durchaus eine positive Wirkung. Das gilt natürlich auch für konkrete Stellenangebote. Die Anschrift des Innenministers ist: General Bonilla, Ministerio del Interior, Edificio Diego Portales, Avenida Bernardo O'Higgins, Santiago de Chile.

SORGE UM DIE KINDER VON LUIS CORVALAN UND PEDRO VUSKOVIC

Nachrichten aus glaubwürdiger Quelle in Santiago besagen, daß Alberto Corvalán, 23 Jahre, Sohn des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Luis Corvalán, und seine Frau Ruth, 22 Jahre, Tochter des ehemaligen Wirtschaftsministers Pedro Vuskovic, Mitte November zum Tode verurteilt worden sind. Obwohl eine endgültige Bestätigung dieser Nachricht noch aussteht, ist Anlaß zu größter Sorge gegeben, da über den gegenwärtigen Verbleib beider nichts bekannt ist. Alberto Corvalán und Ruth Vuskovic haben ein Kind von etwa 7 Monaten. Beide gehören der kommunistischen Jugend an.

FREIHEIT FÜR DIE VERTEIDIGER DER MENSCHENRECHTE !

Besonderer Gefahr ausgesetzt sind noch immer diejenigen, die sich, noch in der Zeit vor dem Putsch, gegen die barbarischen Methoden der Militärjustiz für die Wahrung der Menschenrechte eingesetzt haben. Es handelt sich besonders

um den Rechtsanwalt Pedro Henriquez Barra, der sich seit langer Zeit um die Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften verdient gemacht hatte und im August die Verteidigung der Matrosen und Arbeiter übernahm, die wegen putschfeindlicher Einstellung verhaftet und grausam gefoltert worden waren. Die Zeitschrift CHILE HOY hat im August ein ausführliches Interview mit Pedro Henriquez veröffentlicht. Seit dem 8. Oktober ist er verhaftet. Schon fünf Tage vorher waren die beiden Rechtsanwälte Tito Herrera und Samuel Fuentes, die eng mit Pedro Henriquez zusammengearbeitet hatten, verhaftet und ins Regionalstadion von Concepción gebracht worden. Dort befand sich zu dieser Zeit auch schon die Geschichtslehrerin Lily Rivas Labbé, Funktionärin der Gewerkschaft der Oberschullehrerinnen und Mitarbeiterin im Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Concepción.

ÜBERGRIFFE AUF DIE FLÜCHTLINGSLAGER

Nach letzten Meldungen aus Santiago wurde der Brasilianer Geraldo Vermelho de Souza von chilenischen Militärs aus dem Flüchtlingslager "Padre Hurtado" in Santiago geholt, brutal gefoltert und dann in das Lager zurückgebracht. Nach diesem Ereignis ist zu befürchten, daß die Militärs auch vor weiteren Übergriffen auf die Flüchtlingslager nicht zurückschrecken werden.

BERICHT ÜBER EIN INDIANER - MASSAKER

Eine Chilenin, die in der Provinz Cautin (etwa 300 km südlich von Santiago) lebt, berichtet:
 "Drei Tage nach dem Putsch sprach ich mit dem Deutschen Gustavo Hott. Er war ganz offen zu mir und erzählte, er hätte seinen Wagen der örtlichen Polizei zur Verfügung gestellt und sie nachts bei einem Auftrag begleitet, Indianer zu töten. Die Polizisten versorgten ihn mit Uniform und Gewehr.
 "Seine Entschuldigung war, daß die Mapuche (Indianerstamm, Anm.d. Red.) bewaffnet waren und der Junta Widerstand entgegen gesetzt hatten.
 "Ich weiß, daß die Indianer in Hütten leben und ihre Zeit damit verbringen, zu arbeiten, um ihre großen Familien am Leben erhalten zu können.
 "Er erzählte mir detailliert, wie diese Indianer aus ihren Hütten gezerrt, getötet und in den Tolten-Fluß geworfen wurden. Ein paar wurden gefangen genommen, geschlagen, gefesselt und auf Lastwagen geworfen.
 "Wir sahen die Indianer gefesselt, geknebelt und wie Tiere auf diesen Wagen verfrachtet, wie sie dann in der Stadt von einem Dutzend maschinengewehrbewaffneter Soldaten bewacht wurden. Sie wurden gefoltert, um Informationen und Namen über Sympathisanten der Allende-Regierung zu geben. Schließlich wurden alle getötet. Viele von ihnen wurden aufs Land gebracht, um erschossen zu werden und ihre Körper wurden entlang der Straßen liegengelassen."

"Nur wenige Männer blieben in den Dörfern zurück, da alle, die älter als 13 oder 14 Jahre gewesen waren, verschleppt und getötet wurden.

"Hott sagte, um die Tötungen zu rechtfertigen, daß die Indianer unproduktiv gewesen seien und es schon zu viele Menschen in Chile gäbe..."

(aus: Chile Newsletter, published by Non-Intervention in Chile, 1.12.1973)

DAS DEKRET Nr. 81

Am 7. November wurde von der Militärjunta das Dekret Nr. 81 verabschiedet, das in Chile inzwischen "Operation Endlösung" genannt wird.

Das Dekret mit Gesetzeskraft legt ein neues Delikt fest. Es besteht darin, daß man den im "Diario Oficial", dem Amtsblatt der Regierung, veröffentlichten Aufruf, sich den Behörden zu stellen, nicht befolgt. Wer sich nicht innerhalb von 5 Tagen nach Bekanntmachung seines Namens in dem nur schwer zugänglichen Amtsblatt stellt, macht sich eines gemeinen Verbrechens schuldig und wird mit hohen Gefängnisstrafen, Deportierung oder Verbannung bestraft; der Reisepaß wird aberkannt. Personen, die sich gerade im Ausland befinden, bekommen 40 Tage Zeit, um sich zu stellen.

Das Dekret legt weiterhin fest, daß alle Personen, die um Asyl im Ausland nachgesucht haben oder ausgewiesen bzw. deportiert worden sind, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Innenministeriums wieder nach Chile zurückkehren können. Bei einer Rückkehr ohne diese Genehmigung wird automatisch subversive Absicht unterstellt, womit das Delikt der Gefährdung der Staatssicherheit gegeben ist. Die Sanktion für dieses Delikt ist die Todesstrafe.

Ein kurzer Paragraph in dem Dekret legt fest, daß, wer den im Amtsblatt aufgerufenen Personen Unterkunft gewährt, ihnen zur Flucht verhilft oder sie sonstwie dem Zugriff der Behörden entzieht, mit einer Verschärfung der für das Delikt der Nichtbefolgung des Aufrufs vorgesehenen Strafen und, je nach Schwere des Falles sogar mit der Todesstrafe zu rechnen hat. Beihilfe wird demnach gegen alle Regeln der Rechtsprechung strenger geahndet als das Verbrechen selbst.

Mit diesem Dekret hat die Junta es jetzt in der Hand, sich mittels massiver Deportierung der Feinde des Regimes zu entledigen. Schon die Veröffentlichung des Namens einer unbequemen Person macht aus dieser einen gemeinen Verbrecher, wenn sie nicht schnell genug von der Veröffentlichung erfährt. Damit verschließen sich aber auch die Möglichkeiten, in den Botschaften oder gar in den vom Weltkirchenrat unterhaltenen Auffanglagern Zuflucht zu finden. Und die Junta erhält das Recht, diese Person sofort an die Grenze zu setzen, wenn sie nichts anderes mit ihr vorhat. Seit dem 7. November ist jeder Chilene potentiell zum Verbrecher geworden. Aber er war es schon vorher: das Dekret ist rückwirkend gültig.

Wie hilft man Chile

Das Volk von Chile litt und leidet viel unter der Militärtyrannie. Was kann man für das chilenische Volk tun? Es gibt viele Arbeiter mit Frauen und Kindern, die verfolgt, gefangen, gefoltert, terrorisiert werden und Hunger leiden. Die Organisation des Widerstandes gegen die Tyrannie beginnt erst; es ist schwierig, an die heranzukommen, die leiden, und die Unterdrückung wird Tag für Tag verstärkt und perfektioniert.

Deshalb soll man nicht danach trachten, große, spektakuläre oder propagandistisch wirksame Dinge zu tun. In dieser ersten Etappe kann sogar die Publizität ein negatives Ergebnis haben.

Auf der Ebene der Massen ist das größte Problem, denen helfen zu können, die ohne Arbeit geblieben sind. Die Entlassenen sind in ihrer Mehrheit Gewerkschaftsführer und die besten politischen Kader in jedem Unternehmen; ihnen verweigert man überall Arbeitsplätze.

Diese Tausende von Arbeitslosen brauchen Unterstützung, um sich als Handwerker mit kleinen Reparatur- und Instandhaltungswerkstätten einzurichten, die es ihnen erlauben würden, zu überleben und ihre Familien zu ernähren.

Die Führer und Aktivisten der aufgelösten Industriegürtel sind heute und in Zukunft die Grundlage für die Wiederbelebung der Mobilisierung des Volkes. Zu ihrer Existenz brauchen sie dringend finanzielle Hilfe, um Werkzeuge, einige Maschinen und Materialien einzukaufen.

Sie wollen und wünschen Hilfe nicht als eine Art Arbeitslosenunterstützung; denn was sie wünschen, ist, sich das Leben mit ihren eigenen Händen zu verdienen.

Und das ist heute möglich, es kann mit der noch schwachen Organisation erreicht werden, mit der der Widerstand schon beginnt.

Helfen wir wirtschaftlich den arbeitslosen und verfolgten chilenischen Arbeiterführern!

Sichern wir die Existenz der Führer aus den Massen des Volkes! Tragen wir mit Sammlungen dazu bei, den massiven Widerstand gegen die faschistische Militärjunta zu beschleunigen!

18. November 1973

Der vorliegende Aufruf, verfaßt von chilenischen Gewerkschaftsführern, erreichte uns aus Buenos Aires.

**SPENDET FÜR DEN SIEG DER
CHILENISCHEN
ARBEITERKLASSE**

PSCHK BERLIN-WEST, ELFRIEDE KOHUT, NR. 380 087-108
KENNWORT: HILFE FÜR CHILE

DEUTSCHE BANK, 8 MÜNCHEN, KURFÜRSTENPLATZ,
KONTO-NR. 35-53062. SONYA PATRICK-LARTHE

Brief der Chile-Komitees an Brandt

An den
Bundeskanzler Willy Brandt

53 B O N N

Bundeskanzleramt
Palais Schaumburg

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wir unterstützen die Initiative von Amnesty International in der Frage der Chile-Flüchtlinge.

Doch während eine Welle der Hilfsbereitschaft durch die Bevölkerung geht - Amnesty International hat inzwischen Angebote für etwa 1 300 Wohnplätze erhalten - während sich immer mehr Chile-Flüchtlinge um eine Ausreise in die Bundesrepublik bemühen - insgesamt wollen etwa 30-50 000 Chile Flüchtlinge nach Europa - während unsere Nachbarländer (Schweden, Schweiz, Frankreich, Italien, Österreich, DDR) schon seit langem Chile-Flüchtlinge aufgenommen haben, hat die Bundesregierung bisher lediglich eine dreiköpfige Delegation (je einen Vertreter des Verfassungsschutzes, des Außenministeriums und der Bundesanstalt für Arbeit) nach Santiago entsandt, die innerhalb einer Woche 30 (dreißig!) Chilenen für die Einreise in die Bundesrepublik "gewinnen" konnte. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Regierung nicht mehr als etwa 100 wohlsortierte Chile-Flüchtlinge aufnehmen will.

Der deutsche Botschafter in Santiago verweigerte die Annahme einer Liste mit 300 Chilenen, die in die Bundesrepublik ausreisen wollten. Die deutsche Botschaft in Mexiko wies vier Brasilianer ab. Die anderen deutschen Botschaften in Lateinamerika unternehmen ebenfalls nichts, um Chile-Flüchtlingen zu helfen.

Am 23.10. 1973 wurde ein Brasilianer wieder nach Mexiko zurückgeschickt, nachdem er zwei Tage in Frankfurt in Polizeigewahrsam verbracht hatte.

Wir bitten Sie dringend, der skandalösen Verschleppung der Chile-Frage entgegenzuwirken. Wie Sie wissen, ist Eile geboten, da Tausende politisch Verfolgter nur noch bis zum 31.12.1973 aus Chile ausreisen können.

Anderer lateinamerikanische Länder werden Chile-Flüchtlinge bis Ende November ausliefern.

Nach Artikel 16 II (2) GG genießen politisch Verfolgte Asylrecht. Bei der Gewährung dieses Rechtes darf niemand "wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Artikel 3 III GG.

Die bedingungslose Aufnahme politisch Verfolgter entspricht also einem Gebot des Grundgesetzes.

Wir fordern deshalb: keine Zurückweisungen politisch Verfolgter durch deutsche Botschaften und Konsulate in Lateinamerika oder durch deutsche Grenzbehörden. Hilfeleistungen für Chile-Flüchtlinge durch alle deutschen Botschaften in Lateinamerika, keine Auswahl der Flüchtlinge nach Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik oder nach politischer Opportunität, Einreisegenehmigungen für alle politisch verfolgten Chile-Flüchtlinge

Im Übrigen möchten wir darauf hinweisen, daß auch Sie Herr Bundeskanzler während der Nazizeit wie viele andere Deutsche Asylrecht im Ausland genossen haben. Hätten sich Staaten wie Norwegen oder Chile damals so verhalten wie die BRD jetzt, hätten viele Verfolgte den Terror des Naziregimes nicht überlebt.

Hochachtungsvoll

Die auf dem Koordinationstreffen am 24/25.11.73
in Frankfurt vertretenen CHILE - KOMITEES



ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

In Chile spricht man in den letzten Wochen von einer zweiten Terrorwelle. Die Verhaftungen nehmen wieder zu, aufs neue werden ausländische Asylierte aus der Zeit der UP - insbesondere Brasilianer, Uruguayaner und Bolivianer - den Regierungen ihrer Länder ausgeliefert, und das Klima der Unsicherheit dehnt sich auf alle Klassen des chilenischen Volkes mit wenigen Ausnahmen aus. Der Innenminister, General Bonilla, der sich in den ersten sechs Wochen nach dem Putsch als gemäßigter Repräsentant der Junta vorstellte und mit seinen Erklärungen lange Zeit im Vordergrund stand, taucht kaum noch in den Zeitungen auf und ist offensichtlich in Ungnade gefallen. Diese allgemeine Unsicherheit wird noch dadurch erhöht, daß die einzelnen Waffengattungen relativ autonom operieren und jeweils eigene Verhaftungslisten und Verhaftungsdirektiven haben. Wer von einer Waffengattung verhaftet und dann freigelassen wurde, hat keineswegs die Garantie, daß nicht eine andere ihn wieder verhaftet.

Selbst der Handlungsspielraum einzelner Gruppen, welche eigentlich die Junta unterstützen, ist aufgehoben. Nach der absoluten Unterwerfung der Universitäten gab es jetzt Zusammenstöße mit einzelnen Verbänden und der Presse. Der Verband der Lastwagenbesitzer, der in den Monaten vor dem Putsch entscheidend war für die Schaffung des Wirtschaftschlachs, beschwerte sich über niedrige Frachtraten und Mangel an Ersatzteilen. Cumsille, der Präsident des Einzelhändlerverbandes, macht die Industriellen verantwortlich für die außerordentlichen Preissteigerungen des letzten Monats, die allein im Oktober über 86% erreichten. Hierauf antwortet die Junta einfach nur mit dem Hinweis auf die notwendige Sparpolitik. Gleichzeitig führte die Junta einen Zusammenstoß herbei mit der führenden rechten Zeitung "Mercurio", die am 13.11. ein Interview von Pinochet veröffentlichte und ihm einen Titel gab, der nach Ansicht der Junta wegen der Auslassung eines Satzes den Inhalt verfälscht wiedergab. Der "Mercurio" versuchte sich am Tag darauf zu rechtfertigen, mußte aber am 15.11. eine Erklärung des Generalsekretärs der Regierung veröffentlichen, die ihn des Vergehens gegen die Journalistenethik und der willentlichen Nachrichtenverfälschung bezichtigte.

Dieser Streit mit dem "Mercurio" unterstreicht, daß die Unterwerfung der Presse eben auch für die rechte Presse gilt. Er zeigt aber auch, daß der Konflikt über die Zukunft der Militärjunta diesmal auf höchster Ebene ausgebrochen ist. Im "Mercurio" wird die Politik eines absoluten Parteienverbots mit der gleichzeitigen Verfestigung des Militärregimes im Stil des spanischen Faschismus vertreten, wobei er sich auf den Luftwaffenoberkommendierenden und Juntamitglied Leigh stützt. Der Juntapäsident Pinochet vertritt demgegenüber in dem umstrittenen Interview eine Art zivil-militärische Regierung, wobei die Staatsangestellten sich in Zukunft durch einen Schwur verpflichten, sich innerhalb ihrer Funktionen parteineutral zu verhalten, was eine gewisse Parteienaktivität zuläßt.

Diese Auseinandersetzung darüber, ob man definitiv zu einer faschistischen Diktatur übergeht oder zumindest die Illusion einer zukünftigen Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie aufrechterhält, bezieht sich wesentlich auf die Stellung und Möglichkeiten der Christdemokraten, deren linker Flügel inzwischen dazu überging, den Frei-Flügel anzugreifen. 13 führende Mitglieder der Christdemokratischen

Partei (PDC) hatten bereits kurz nach dem Putsch eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Absetzung des verfassungsmässigen Präsidenten verurteilten und einen Teil der Verantwortung hierfür der ökonomischen Rechten zuschreiben, die die Irrtümer der UP mit kalter Entschlossenheit ausgenutzt habe. Tomic, ehemaliger Kandidat für die Präsidentschaft im Jahre 1970, ging jetzt in einem Interview noch über diese Erklärung hinaus: "Alle sind verantwortlich. Es gibt keine Unschuldigen bei der Zerstörung der chilenischen Demokratie. Obwohl wegen ihrer politischen Blindheit und ihres Sektarismus die Hauptschuld die Unidad Popular trifft, kann keine der politischen Parteien Chiles Pontius Pilatus spielen und sich angesichts des Desasters die Hände in Unschuld waschen. Die Erklärung (der Christdemokraten) ist unvollständig, denn sie zeigt nicht die entscheidende Verantwortung der politischen Rechten und auch nicht die geringere - der Christdemokraten durch ihre Irrtümer und ihr Zögern" (Le Monde diplomatique, Nov.).

Der "Mercurio" veröffentlichte am 17.11. eine Nachricht über eine gegen die Junta gerichtete Bewegung, die von diesen linken Christdemokraten getragen sei und die schnelle Wahlen fordere, die sie mit Unterstützung der marxistischen Kräfte zu gewinnen hoffe. Diese Bewegung versuche gleichzeitig, bedingungslose Anhänger in möglichst vielen Staatsstellen unterzubringen. Am 20.11. war der "Mercurio" wieder einmal gezwungen zu dementieren, aber dieses Dementi veröffentlichte nur die Stellungnahme dieser betroffenen Christdemokraten und versicherte, daß der entsprechende Journalist nicht den richtigen "Ton" gefunden habe. Der "Mercurio" zitiert darauf noch einmal die so umstrittene Stelle des Interviews von Pinochet vom 13.11., wieder unter Auslassung des Satzes, auf den der Generalsekretär der Regierung in seinem Angriff auf den "Mercurio" vom 15.11. solchen Wert gelegt hatte. In einem am 22.11. vom "Mercurio" veröffentlichten Dementi streitet Renan Fuentealba, führender Vertreter dieser linken Christdemokraten, ab, eine pro-marxistische Gruppe gegründet zu haben und wirft dann dem "Mercurio" folgendes vor: "Daher glaube ich, daß die Information ihres Korrespondenten das düstere Ziel verfolgt, die Partei bei der Regierung anzuschwärzen, die Verfolgung unserer Mitglieder zu erreichen und die christdemokratische Partei zu spalten, damit die rückschrittlichsten Elemente unseres Landes ohne Gegengewicht und völlig frei operieren können, um auf entscheidende Weise die öffentlichen Geschäfte zu beeinflussen."

Die linken Christdemokraten können auf gewisse Unterstützung selbst aus Kreisen der Rechten rechnen. So fordert der ehemalige Senator und einer der Führer der Nationalpartei, Francisco Bulnes, die baldige Rückkehr zu parlamentarischen Verhältnissen mit Zulassung aller auch der marxistischen Parteien unter der einzigen Bedingung, daß sie nach Vorbild der bundesrepublikanischen Verfassung die parlamentarische Ordnung anerkennen. Er meint, daß nicht-demokratische Regime selten mit solchen von der Vorsehung selbst gesandten Männern wie General Franco in Spanien rechnen können. (Ercilla, Nr. 1.997, S. 10)

Den Hintergrund dieser merkwürdigen Debatten bildet zweifellos die Wirtschaftssituation Chiles. Der "Mercurio" präsentiert die Politik der Grossindustrie, die ein für alle Mal sicherstellen will, daß ihre Interessen nicht von politischen Parteien oder irgendwelchen Gruppierungen beschränkt werden können. Die Position der Christdemokraten hingegen sucht eine neue populistische Bewegung aufzubauen, um wieder dort anzufangen, wo Chile vor der UP-Regierung einmal war.

Die derzeitige Wirtschaftspolitik der Junta hingegen opfert die In-

teressen gerade derjenigen Bevölkerungsgruppen, die bisher die Christdemokraten unterstützten oder doch zumindest für diese Partei zugänglich sind. Chile lebt zur Zeit in einer generellen Situation der Rezession bei gleichzeitigen höchsten Inflationsraten. Die Massenarbeitslosigkeit geht weit über die Arbeiterschaft hinaus und ergreift alle unteren Mittelschichten. Besonders betroffen sind die Dienstleistungsbetriebe, die durch das abendliche Ausgangsverbot direkt berührt werden, insbesondere die Gaststättenbetriebe. Konkurse von Kleinbetrieben sind an der Tagesordnung, während die Kreditpolitik nicht gelockert wird. Die Bevölkerung sieht sich daher gezwungen, ihre Reserven aufzulösen, die in Chile im allgemeinen in Dollars gehalten werden. Zwischen dem 2. und 17.11. wurden insgesamt 14 Millionen Dollars an die Zentralbank verkauft (Mercurio, 21.11.1973, S.21), und die Zentralbank rechnet mit weiteren Reserven von 120 bis 150 Millionen Dollar, die noch zurückfließen können. Es handelt sich dabei um jene Dollarbeträge, die in der Zeit vor dem Putsch in Chile aufgekauft wurden und die aus den US-amerikanischen, bundesrepublikanischen usw. Unterstützungszahlungen für die damals stattfindenden politischen Streiks herrühren. Da die Militärs die ungefähre Höhe dieser Zahlungen kennen, wissen sie auch, wie hoch die Dollarreserven der Bevölkerung zumindest sein müssen. Der Verkauf dieser Dollars ist allerdings kein Zeichen des Vertrauens in die neue Regierung - wie die Junta es darstellt - sondern Zeichen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von seiten der Mittelklassen. Diese verkaufen ihre Dollars jetzt zu einem Preis, der etwa ein Drittel des damaligen Ankaufpreises beträgt, während die Güterpreise um mehr als das Vierfache gestiegen sind. Die Rezessionspolitik der Junta hat so die für sie angenehme Begleiterscheinung, die Dollarsituation der Zentralbank zu billigem Preis zu verbessern, und die Spekulanten von damals, die zum Wohl des Vaterlands spekulierten, werden um ihre Spekulationsgewinne geprellt.

Zu ihrer Rechtfertigung gebraucht die Junta das Argument, daß man sparen und arbeiten müsse. Solch ein Argument ist allerdings schwach, wenn man es gegenüber einer Bewegung steigender Massenarbeitslosigkeit benutzt. Deshalb nimmt die Propaganda des Regimes wieder die alte Haßkampagne gegen die Unidad Popular auf und versucht gleichzeitig die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß der Massenmord am chilenischen Volk begangen wurde, um einen Massenmord von seiten der Unidad Popular - den sogenannten Plan "Z" - zu verhindern. Es erscheinen in den Zeitungen laufend Anzeigen, die die Wirtschaftskatastrophe der Unidad Popular und ihrer "Immoralität" in die Schuhe schieben und dazu auffordern, die Rechnung "voll Wut" zu bezahlen. "Die Freiheit hat ihren Preis."

Zum sogenannten Plan "Z" werden laufend neue Dokumente veröffentlicht, die sich alle in einem gleichen: sie sind allgemein gehalten und mit Schreibmaschine geschrieben und beweisen daher gar nichts. Daher werden sie auch von der internationalen Presse nicht ernst genommen. So schreibt die FAZ (24.11., S. 5): "Die Behauptung General Pinochets, des chilenischen Junta-Vorsitzenden, der gestürzte Präsident Allende habe Massenmorde geplant, denen eine Million seiner Gegner zum Opfer gefallen wären, hätten sie die Offiziere nicht durch ihren Putsch vereitelt, wird nicht einmal von denen geglaubt werden, die dem toten Allende das Schlimmste zutrauen. Über die angeblich aufgefundenen Mordpläne der Volksfront redet die Junta nun schon seit Monaten, ohne bisher, wie versprochen, Beweismaterial vorgelegt zu haben." Die Junta hatte zwar Anfang November ein sogenanntes Weißbuch hierzu herausgebracht, jedoch Beweismaterial enthielt es nicht. Die chilenische Zeitschrift "Ercilla" vermißte im Weißbuch genauere Angaben

über die angeblichen Mordpläne und fragte daher nach den Namenslisten, worauf ein Vertreter der Junta antwortete, daß es diese Listen zwar gäbe, daß die Junta sie aber niemals veröffentlichen würde. ("Ercilla, Nr. 1997, S.37)

Um daher das schlechte Image Chiles im Ausland abbauen zu helfen, fuhr inzwischen - am 19.11.73 - die langangekündigte Delegation der chilenischen Verbände (gremios) auf eine Reise durch Amerika und Europa. Die Reise war bereits eine Woche nach dem Putsch angekündigt worden, und man veröffentlichte eine Teilnehmerliste, die alle führenden Vertreter der chilenischen Verbände einschloß, insbesondere der Arbeitgeberverbände, der Ärztekammer und des Verbandes der Freiberufler. Von dieser ursprünglichen Liste blieben nur zwei Vertreter übrig: Leon Vilarín vom Verband der Lastwagenbesitzer und Luis Zanzi vom Verband der Kleinindustriellen und des Handwerks.

Aufgefüllt wurde die Gruppe mit Vertretern von Kleinproduzenten, einer Frauenvertreterin, der Einzelhandelsverkäufer und einem Journalisten. (Mercurio, 20.11.73) Es figuriert kein Verband mehr, der im heutigen Chile wirklich Macht hat, stattdessen aber die Fusstruppen der Putschvorbereitung. Ihr wichtigster Mann ist zweifellos Vilarín, ein Gangster, der zu seiner Zeit für die heute führenden Wirtschaftsinteressen in Chile von zentraler Bedeutung war, um das Wirtschaftschaos in Chile zu schaffen, mit dem zusammen sich aber sich diese Aristokraten heute nicht mehr zeigen mögen.

Ziel seiner Reise ist nach Vilarín die Aufklärung der öffentlichen Meinung im Ausland, besonders aber der Kontakt mit den Hafengewerkschaften in Europa, die in England bereits mit dem Boykott chilenischer Schiffe begonnen haben und in Frankreich und Italien damit drohen. Vilarín, der bekannt ist für seine Zusammenarbeit mit den von Hoffa geführten Transportgewerkschaften in den Vereinigten Staaten, durch die er ebenfalls Gelder zur Finanzierung seiner Streiks bezog, wird als geeignete Person angesehen, um die Hafengewerkschaften Europas zur Mitarbeit zu bewegen.

Seine Reise lief allerdings schlecht an. Mexiko verweigerte der Delegation die Einreiseerlaubnis (Tribuna 14.11.73). In Bolivien, einem Land, dessen Regierung sich mit der Junta eng verbündet hat, fand am 21.11. eine Pressekonferenz statt, die nach kurzer Zeit unterbrochen wurde, da alle bolivianischen Pressevertreter ohne Ausnahme den Saal verließen.

Die Delegation plant, Anfang Dezember auch durch die Bundesrepublik zu kommen. Vorarbeit für ihre Ankunft hat der deutsche christdemokratische Abgeordnete Heinrich Gewand übernommen. Er sagt, dass in Chile die Hoffnung wieder eingekehrt sei. Nach seiner Meinung ist die heutige chilenische Situation mit der deutschen Situation vor dem "Wirtschaftswunder" zu vergleichen, ist die Regierungspolitik zutreffend. Um Erfolg zu haben, müsse man hart arbeiten und dürfe Opfer nicht scheuen. Er erklärte sich bereit, die deutsche Privatwirtschaft von der hoffnungsvollen Zukunft Chiles zu unterrichten. (Ercilla, Nr. 1998, S.10)

Dieses Problem des chilenischen Image im Ausland hängt unmittelbar mit der Situation des chilenischen Aussenhandels zusammen. Diese verbessert sich relativ durch einen außerordentlichen Anstieg des Kupferpreises, der sich in den letzten Monaten fast verdoppelt hat, und inzwischen mehr als ein Dollar pro Pfund beträgt. Die Situation aber bleibt unsicher bezüglich der Kredite. Dies betrifft insbesondere die langfristigen Kredite aus der staatlichen Wirtschaftshilfe west-

licher Länder, die wegen der Reaktionen gegen die chilenische Militärjunta nur zögernd gegeben werden. Nachdem kurz nach dem Putsch aus den USA ein Kredit dieser Art in Höhe von 24 Millionen Dollar kam, wurde jetzt wieder vom selben Land ein Kredit in der Höhe von 28 Millionen Dollar gewährt zum Ankauf von Lebensmitteln. Hingegen erholte sich die Situation der Junta auf dem Gebiet der kurz- und mittelfristigen Kredite. Diese wurden in der Höhe von 600 Millionen Dollar von den ausländischen Privatbanken zugesagt. Hinter dieser Zusage steht zweifellos die Überzeugung der Geschäftsbanken, daß die Hindernisse für die öffentliche Finanzierung mittelfristig abgebaut werden können, sodaß eine mittelfristige Finanzierung bis zum Anlaufen der öffentlichen Wirtschaftshilfe nötig ist. Dies schließt die Erwartung des Privatkapitals ein, daß nach einiger Zeit der politische Protest gegen die chilenische Junta abflauen wird, sodaß die Regierungen wieder mit öffentlichen Mitteln tätig werden können. Erste und vorläufige Entscheidungen hierüber werden bei den Umschuldungsverhandlungen fallen, die im Dezember dieses Jahres in Paris stattfinden werden.

Allerdings handelt es sich für das ausländische Kapital auch um die Frage der Instabilität des chilenischen Regimes. Sie geht schon aus der Tatsache hervor, daß immer noch ein striktes Ausgehverbot gilt. Ständig veröffentlichten chilenische Zeitungen Nachrichten über Zusammenstöße zwischen Militärs und sogenannten Extremisten. Aus den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse gehen Widerstandsaktionen aus. Im Hafen von San Antonio fand ein Streik statt, wobei die Anführer vor den Arbeitern erschossen wurden. Die Arbeiter der Metro in Santiago riefen zum Streik auf, wobei 18 ihrer Anführer - angeblich Mitglieder der MAPU, einer der Parteien der UP - verhaftet wurden. Die Autobusfahrer in Santiago drohten mit Streik, woraufhin die Junta ihre Einkommen erhöhen musste, um einer massiven Streikbewegung vorzubeugen.

Die chilenische Junta fühlt sich allerdings stark. Nach längerer publizistischer Vorbereitung geht sie jetzt gegen die diplomatischen Vertretungen derjenigen Länder vor, die weiterhin verfolgte Ausländer oder Chilenen stützen. Die Kampagne richtete sich in erster Linie gegen den schwedischen Botschafter und begann mit der Behauptung, daß aus der heute unter schwedischer Verwaltung stehenden ehemaligen kubanischen Botschaft von dort asylierten Verfolgten auf chilenisches Militär geschossen worden sei. Inzwischen wurde man rüder. Als der schwedische Botschafter eine asylierte Uruguayerin zum Krankenhaus begleitete und ihre Verhaftung verhindern wollte, wurde er von chilenischem Militär einfach verprügelt. Da auch der französische Botschafter anwesend war, verprügelte man ihn gleich mit. Dies ist die neue Art der chilenischen Militärs, die Welt davon zu überzeugen, daß sie ihre Gegner einwandfrei und ohne Gewaltanwendung behandeln.

Das Ausland, soweit es nicht vom Privatkapital vertreten ist, reagiert auf die Politik der Junta durch Solidaritätsaktionen mit dem chilenischen Volk. Die Hafentarbeiter von Liverpool beschlossen, keine aus Chile kommenden Frachten zu löschen. Die englische Autofabrik Leyland Motor wollte der chilenischen Militärjunta 4 Luxusautos schenken, wurde aber von ihrer Belegschaft gezwungen, die Schenkungsankündigung rückgängig zu machen und den Gegenwert dieser Autos einem von der englischen Arbeiterschaft gegründeten Fond zugunsten der Opfer des chilenischen Militärputsches zuzuführen.

(Segunda, 14.11.73) In Europa hat sich inzwischen ein Tribunal gebildet, das die Verbrechen der Militärregime in Brasilien und Chile untersuchen und öffentlich anklagen soll und das eine ähnliche Zusammensetzung hat, wie das Russel-Tribunal zu den Vietnamverbrechen gehabt hat. Es ist von dem italienischen Senator Lelio Basso zusammengerufen worden. (Unita, 14.11.73)

FREIER, FROHER, SATTER

Ein 1972 aus Chile abgewandertes deutschstämmiger Unternehmer schreibt am 10. November, einen Tag vor seiner Rückkehr nach Santiago, an einen deutschen Freund:
"Durch die glücklichen Ereignisse in Chile, die so verliefen, wie ich es Dir prophezeit hatte, ist meine zweite Heimat dem Schicksal der Versklavung durch den Kommunismus entronnen. Das Land ist friedlich, die Menschen sind glücklich, und die Wirtschaft geht in steiler Entwicklung voran. Jetzt schon ist von den für kommunistische Länder normalen Erscheinungen wie Schwarzmarkt, Willkürherrschaft und Unrecht nichts mehr zu finden."



ERKLÄRUNG DER POLITISCHEN KOMMISSION DES MAPU

Der MAPU, 1969 entstanden als Abspaltung von den Christdemokraten, dann Mitbegründer der Unidad Popular, ist heute eine proletarische, marxistische Partei. Nach Abspaltung einer Minderheit im März 1973 gehörte sie eindeutig zum linken Flügel der UP. Der folgende Text ist eine Bestandaufnahme der Situation im November 1973 aus der Sicht dieser Partei.

I. DER STURZ DER UNIDAD POPULAR UND DIE NEUE TAKTISCHE PERIODE

1. Die Niederlage der Volkskräfte im September bedeutet in erster Linie das Scheitern der strategischen Linie, die dem 1970 begonnenen revolutionären Prozeß von den in der Leitung der UP, unter den Massen und in der Regierung dominierenden Reformisten und revolutionären Zentristen aufgeprägt worden war. Der Gradualismus und der Bürokratismus - die wesentlichen Merkmale dieser Linie - stießen auf eine Massenbewegung, die sich schon vor dem Antritt der Volksregierung in strukturellem Aufschwung befand und sich danach weiter verstärkte; weder konnten sie diese Bewegung völlig eindämmen, noch konnten sie sie aufnehmen und anleiten in Richtung auf einen revolutionären Prozeß. Das führte dazu, daß der chilenische Versuch immer schwankte zwischen zwei strategischen Alternativen und folglich eine schwankende Führung hatte. Dennoch erwies sich das Vordringen des revolutionären Prozesses als genügend tiefgreifend und rasch, um eine gewaltsame Antwort des Imperialismus und der Bourgeoisie zu erfordern, denen es schließlich gelang, die "Mittelschichten" zu ihren Gunsten zu mobilisieren.

Gleichzeitig jedoch erwiesen sich die Fortschritte des revolutionären Prozesses als nicht hinreichend, um eine Avantgarde hervorzubringen, die imstande gewesen wäre, eine sozialistische Strategie durchzusetzen und die - objektiv während der Volksregierung begünstigten - "Mittelschichten" auf ihre Seite zu ziehen oder zu neutralisieren; sie reichte auch nicht, um die Massen vorzubereiten auf eine bewaffnete Auseinandersetzung, die früher oder später kommen mußte.

Die revolutionäre strategische Linie, die bis 1970 praktisch nicht existiert, sich danach jedoch herausbildet und entwickelt aufgrund der zunehmenden Einsicht in die Schwächen und Mängel der UP, war gleichfalls außerstande, der Massenbewegung und dem Gesamtprozeß eine andere Richtung zu geben. Es zeigte sich, daß sie ohne eine einheitliche und ausgearbeitete Strategie, mit bloß verstreuten Stützpunkten in verschiedenen Parteien und Organisationen, ohne hinreichende Durchdringung der traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse im Augenblick der Auseinandersetzung nicht mehr war als ein bloßes Versprechen und ein revolutionärer Keim.

Die zwei strategischen Linien im Inneren der Linken lassen sich zusammenfassen als die des "revolutionären Zentrismus" einerseits, der überwiegend gegenüber der anderen, "revolutionär-proletarischen" Strategie; andere, eindeutig reformistische und sozialdemokratische Strategien blieben wirkungslos. Die erste versuchte durch legale Veränderungen zu einer "fortschrittlichen Demokratie" zu gelangen, um in dieser Etappe mit Hilfe einer antiimperialistischen, antioligarchischen und antimonopolistischen Revolution der Volkskräfte günstige Bedingungen zu sichern für den zukünftigen Kampf um die Machtübernahme des Proletariats und die Errichtung des Sozialismus. Die zweite Strategie ging davon aus, daß die chilenische Revolution von Anfang an ihrem Wesen nach eine sozialistische war; sie interpretierte das Programm der UP also auch als antikapitalistisch und sah es als Teil eines ununterbrochenen und einheitlichen revolutionären Prozesses, der von Anfang an auf die Zerstörung des bürgerlichen Staates unter der Führung des Proletariats gerichtet war, auch wenn er verschiedene Phasen mit jeweils anderen Schwerpunkten zu durchlaufen hatte (wobei der Akzent anfangs auf der antiimperialistischen, antioligarchischen und antimonopolistischen Zielsetzung lag). Diese erste Strategie suchte wesensgemäß die Unterstützung der mittleren Gruppen und ihres politischen Ausdrucks, der Christdemokratie; die zweite legte weit mehr Gewicht

auf die organisierte Macht des Proletariats und der "nicht-proletarischen armen Schichten von Stadt und Land": die Volksmacht, die den kommenden Volksstaat ankündigt. In ihrem Wirtschaftsprogramm versuchte die erste Strategie auf bürokratische Weise und mittels populistischer Maßnahmen die kleine und mittlere Bourgeoisie an sich zu ziehen. Die zweite forderte dagegen eine Wirtschaftsentwicklung unter Volkskontrolle über Produktion und Verteilung, die auf die Schaffung eines "vergesellschafteten Bereichs" (área social) abzielte und so den Ausgangspunkt schaffen sollte für eine sozialistische Wirtschaftsstruktur und für eine gezielte Einkommenspolitik gegen die Bourgeoisie und zugunsten der Volksschichten.

Diese zwei Strategien unterschieden sich in der Art und im Zeitpunkt der Macht-ergreifung des Proletariats, woraus eine unterschiedliche Behandlung der Streitkräfte resultierte. Hier ist nicht der Ort, um die von der Bourgeoisie und dem Imperialismus ausgelöste konterrevolutionäre Offensive zu analysieren, die mit dem subversiven Streik der Berufsverbände und "Mittelschichten" endete und - mit Unterstützung des Parlaments - zur brutalen Intervention der Streitkräfte führte. Aber wir können feststellen, daß es letztlich das Fehlen einer anerkannten revolutionären Avantgarde war, was die Niederlage im September verursachte.

2. Der Sturz der Regierung der Unidad Popular bedeutet eine wichtige Niederlage für die Arbeiter- und Volksbewegung in Chile und in Lateinamerika und einen Rückschritt für den revolutionären Prozeß. Mit ihr beginnt eine neue taktische Periode. Es handelt sich jedoch nicht um eine neue strategische Periode, da sich die objektiven Bedingungen, die den Wahlsieg von 1970 ermöglichten und sich durch ihn verstärkten, nicht verändert haben. Das kapitalistische System in Chile ist nach wie vor strukturell unfähig, die Produktivkräfte zu entwickeln; die Massen besitzen heute ein Bewußtsein dieser Unfähigkeit und sind weiterhin bereit, für die Errichtung des Sozialismus in unserem Vaterland zu kämpfen. Chile ist ein kapitalistisches Land, in dem praktisch alle Versuche struktureller Reformen bereits durchgeführt worden sind - der Liberalismus von Alessandri ebenso wie der Reformismus von Frei -, ohne daß sich dadurch eine wirtschaftliche Entwicklung und eine Überwindung der scharfen sozialen Widersprüche hätten erreichen lassen.

Chile ist deshalb eines der schwächsten Kettenglieder des weltkapitalistischen Systems. Die sozialistische Revolution ist hier nicht nur notwendig, sondern auch objektiv möglich.

II. DIE NEUE REGIERUNG

3. Die neue Regierung, in der die faschistischen Sektoren der Streitkräfte die Hegemonie besitzen, vertritt direkt die Interessen der nationalen und internationalen Monopolbourgeoisie und stellt daher die Rückkehr zu den kapitalistischen Strukturen vor der Regierung der UP dar, allerdings mit wichtigen qualitativen Modifikationen. Diese Modifikationen ergeben sich sowohl aus der Erfahrung einer Volksregierung wie auch aus dem heute vorhandenen Bewußtsein der herrschenden Klasse, daß ihre frühere Form der Herrschaft nicht mehr möglich ist angesichts des Ausmaßes, das die Klassenwidersprüche erlangt haben. Der Kapitalismus, der in Chile errichtet werden soll, nimmt heute mehr als früher die Form eines staatsmonopolistischen Kapitalismus an, mit einer sehr weitgehenden staatlichen Lenkung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens, mit einem totalitären und repressiven Staat, wobei die Macht - in Vertretung der herrschenden Schicht - von den Streitkräften ausgeübt wird und folglich die politischen Parteien aus dieser Funktion verdrängt werden.

Die neue chilenische Situation stellt auch einen Höhepunkt innerhalb einer allgemeinen Tendenzwende in der internationalen Situation dar, die sich auf lateinamerika-

nischer Ebene kennzeichnet durch das Vordringen der imperialistischen Kräfte unter Führung des brasilianischen Subimperialismus. Dieses Vordringen der imperialistischen auf Kosten der sozialistischen Kräfte nimmt offen eine brutale faschistische Form an, um jeglichen - noch so legalen - Versuch der lateinamerikanischen Völker, den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen, zu unterdrücken. Deshalb befindet sich Kuba, die erste siegreiche sozialistische Revolution in Lateinamerika, in einer verschlechterten Situation, um seine Beziehungen zu den lateinamerikanischen Nationen wiederaufzunehmen und seine Bande zu den Befreiungsbewegungen auf dem Kontinent zu festigen.

4. Obwohl das Gesellschaftsmodell, das der Faschismus in Chile errichten will, noch nicht völlig ausgearbeitet ist, lassen sich bereits einige seiner Grundzüge erkennen. In wirtschaftlicher Hinsicht zeichnet sich in erster Linie eine strikte Kontrolle der Durchsetzungs- und Organisationsfähigkeit der Arbeiterklasse ab, um einerseits den Unternehmen Bedingungen hoher Rentabilität zu sichern und um andererseits zu verhindern, daß die Arbeiterklasse sich übermäßig radikalisiert. Zweitens wird die Regierung dem monopolistischen Sektor der Wirtschaft, der als einziger dem System eine effektive Dynamik zu verleihen vermag, vorbehaltlos unterstützen und den Sektor der mittleren und kleinen Unternehmen seinem Schicksal überlassen. Drittens wird das Tor für den Imperialismus weit geöffnet werden in dem Versuch, aus dem Ausland Überschüsse zu erhalten, die zur Finanzierung der Entwicklung beitragen, und - kurz gesagt - um das Beispiel Brasiliens zu wiederholen. Schließlich steht auch fest, daß die staatliche Beteiligung in der Wirtschaft zunehmen wird (verglichen mit dem, was bis 1970 bestand), obwohl noch nicht klar ist, welche Größe schließlich der staatliche Wirtschaftsbereich in der Produktionssphäre erreichen wird. In politischer Hinsicht wird versucht, einen faschistischen, totalitären und korporativistischen Staat zu errichten, in dem den Streitkräften eine viel wichtigere Rolle zukommt als in der Vergangenheit, und in dem die Existenz von Parteien und Organisationen, die konsequent gegen das kapitalistische System kämpfen, unmöglich ist.

5. Da die Diktatur die Interessen der Monopolbourgeoisie und des Imperialismus vertritt, wird sie ihren hauptsächlich gesellschaftlichen Rückhalt bei der Monopolbourgeoisie und teilweise bei der mittleren Bourgeoisie, bei der freiberuflichen Kleinbourgeoisie und der hohen Staatsbürokratie finden. Alle diese Sektoren sind objektiv an der Beibehaltung des Kapitalismus in unserem Vaterland interessiert, da von ihm ihre gesellschaftliche Existenz abhängt. Das Proletariat und die "nicht-proletarischen Armen in der Stadt und auf dem Land" stellen den erklärten Feind der Diktatur dar. Kleinunternehmer, die nicht-freiberufliche Kleinbourgeoisie und allgemein die "Mittelschichten" unterstützen heute die Diktatur. Es handelt sich hier jedoch um eine Unterstützung, die keine wirtschaftlichen, sondern bloß politische Wurzeln hat und die sich daher in eine allgemeine Opposition verwandeln kann. Die gegenwärtige Unterstützung beruht im wesentlichen auf der Radikalisierung nach rechts, die diese gesellschaftlichen Sektoren aufgrund der strategischen und taktischen Fehler der UP und der Linken vollzogen haben. Aber eine kapitalistische Entwicklung wie die, die Chile von der Diktatur aufgezwungen werden soll, verletzt ihre Interessen: Die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der kapitalistischen Akkumulation; Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Schrumpfen der Nachfrage nach Grundgütern, Einschränkung des Kredits für das kleine Unternehmen, Überausbeutung der Arbeit und Proletarisierung von Teilen der Kleinbourgeoisie - all das wird notwendig ein Abschnen dieser sozialen Sektoren nach links bewirken, das sich um so tiefgreifender und rascher vollziehen wird, je richtiger die künftige Linie und Organisation der Linken ist.

III. DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION

Die neue Situation kennzeichnet sich durch eine Kräftekorrelation, die eindeutig ungünstig für die Arbeiterklasse ist.

1. Die Feinde

1.1 Die sozialen und politischen Kräfte

Die gesellschaftliche Grundlage, auf die sich der Feind stützt, ist die Monopolbourgeoisie und der Imperialismus zusammen mit der freiberuflichen Bourgeoisie und der hohen Staatsbürokratie. Seine politische Stütze findet sich im Partido Nacional, in der äußersten Rechten der Christdemokratie und in den kleinbürgerlichen Berufsverbänden. Die Diktatur erhält heute die Unterstützung von weiteren gesellschaftlichen und politischen Sektoren (Mittelschichten und PDC); hierbei handelt es sich jedoch, wie bereits erwähnt, um eine zeitweilige Unterstützung, die verschwinden wird, sobald die Diktatur ihr faschistisches Modell verwirklicht.

1.2 Ihr politischer Repräsentant: Die Streitkräfte

Aufgrund der Bedrohung, die die Regierung der UP darstellte, und der Herrschaftskrise, in die der Stand der Klassenkämpfe die herrschende Klasse brachte, haben die Streitkräfte die bürgerlichen Parteien verdrängt aus ihrer traditionellen Funktion, die herrschende Klasse und ihre verschiedenen Fraktionen politisch zu vertreten. Die Streitkräfte werden heute auf allen ihrer Rangstufen zusammengehalten und beherrscht von ihren faschistischsten Teilen. Der Hauptteil der progressiven und linksgerichteten Sektoren in ihrem Inneren ist ausgeemert und liquidiert worden. Infolge der neuen Rolle, die die herrschende Klasse dem Staat - und innerhalb des Staates den Streitkräften - zuzuschreiben bereit ist, haben diese ihre politische Bedeutung in der Gesellschaft bedeutend verstärkt. Diese neue soziale Rolle der Streitkräfte wird sicherlich dazu führen, daß sie eine neue wirtschaftliche Stellung einfordern, sei es als Institution (als Mittler zwischen der Bourgeoisie und dem Staat), sei es individuell. Solche Ansprüche können sich in innere Widersprüche innerhalb der Streitkräfte umsetzen, wenn die Diktatur nicht vorher gestürzt wird.

1.3 Ihr Instrument: Der bürgerliche Staat

Mit der Rückерlangung der Regierung verfügt heute der Feind in Gänze über den bürgerlichen Staat. Er besitzt daher alle traditionellen Mechanismen der herrschenden Klasse, zuzüglich aller diktatorischen Freizügigkeiten, um die Arbeiterklasse zu reprimieren und zu zerschlagen und um zu verhindern, daß diese sich noch einmal in eine Bedrohung des Systems verwandelt.

1.4 Einheit und Kampf innerhalb der feindlichen Kräfte

Der Hauptwiderspruch innerhalb der herrschenden Klasse ist politischer Natur. In ihm stehen sich zwei Lager gegenüber: Einerseits diejenigen, die in Chile das bürgerlich-demokratische Modell wiederherstellen wollen - zwar mit begrenzteren politischen Freiheiten als in der Vergangenheit, aber immerhin innerhalb des allgemeinen Rahmens dieses Modells, also mit einem freien Spiel der Parteien und mit Streitkräften, die mehr durch ihre Gegenwart als durch Taten wirken. Andererseits diejenigen, die in Chile einen totalitären Staat einrichten wollen, der die Interessen der herrschenden Klasse mit diktatorischen Mitteln vertritt, der eine uneingeschränkte Repression ausüben vermag, in dem die Streitkräfte endgültig die politische Vertretung der herrschenden Klasse übernehmen. Hier entsteht also ein Widerspruch zwischen Faschisten und Demokraten, wobei derzeit die erstere die Hegemonie innehaben.

Dieser Widerspruch äußert sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet: Dort findet eine Auseinandersetzung statt zwischen einerseits den Anhängern eines neuen Typs von Staatskapitalismus, in dem der Staat die grundlegenden Bereiche der Wirtschaft kontrolliert und das Funktionieren und die Dynamik der Wirtschaft als Ganzes bestimmt, und andererseits den Anhängern einer traditionellen kapitalistischen Entwicklung eines mehr liberalen Zuschnitts, in der das

grundlegende Element die Privatinitiative ist und der Staat nur eventuell auf-tauchende Unausgewogenheiten zu korrigieren hat. Heute besitzen die an zweiter Stelle genannten die Hegemonie im wirtschaftlichen Bereich. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich die ersteren durchsetzen werden, weil ein liberaleres Modell im wirtschaftlichen Bereich unvereinbar ist mit einem totalitären Staat und es außerdem kurzfristig außerstande ist, auch nur eine minimale wirtschaftliche Ordnung zu erreichen, geschweige denn, die Produktivkräfte zu entwickeln. Aber man muß verstehen, daß der genannte Hauptwiderspruch das Bestehen von grundlegenden Übereinstimmungen taktischer Art nicht ausschließt. Diese Übereinstimmungen haben heute Übergewicht gegenüber den Widersprüchen und leiten sich ab aus dem gemeinsamen Ziel, den Klassenkampf und die revolutionäre Massenbewegung endgültig auszurotten und dem neuen Regime eine hohe Stabilität zu geben.

2. Mittelschichten

Sie werden gesellschaftlich vertreten von der nicht-freiberuflichen Kleinbourgeoisie, den Kleinunternehmern und den "Mittelschichten" im allgemeinen. Politisch und ideologisch werden sie vertreten von der Christdemokratie und von der Kirche, die sich in der einen oder anderen Weise beide gegen die Diktatur ausgesprochen haben. Die DC ist heute für eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, weil sie einsieht, daß sie in einem faschistischen Regime, in dem das freie Spiel der Parteien verschwindet, nicht überleben kann. In der kurzen Zeit seit dem 11. September mußte sie bereits eine wichtige Verschlechterung ihrer Positionen in der Universität, in den Gewerkschaften und im Staatsapparat hinnehmen. Auch die Kirche bekam durch einige ihrer Mitglieder die Repression der Diktatur zu spüren und hat deren Gewalttätigkeit miterlebt. Wenn sie dennoch keine eindeutig oppositionelle Haltung gegenüber der Junta eingenommen hat, dann beruht dies auf der geschickten propagandistischen und internen Beeinflussung durch den Faschismus. Diese politischen und ideologischen Sektoren haben zwar wichtige (noch nicht klar hervorgetretene) Widersprüche gegenüber der Diktatur, sie haben jedoch auch grundlegende Widersprüche gegenüber dem Proletariat, insofern dieses sich die Zerstörung des bürgerlichen Staats und die Errichtung eines Volksstaats zum Ziel setzt. Ihnen gegenüber bedarf es einer Behandlung, die sie täglich mehr von der Diktatur trennt und sie dazu bringt, ihre Anstrengungen in der Praxis mit den revolutionären Positionen zu verbinden.

3. Das Volk

Das Volk formiert sich um das Proletariat und die nichtproletarischen Armen der Stadt und des Landes und bildet die hauptsächlich gesellschaftliche Kraft, die der Diktatur feindlich gegenübersteht. Obwohl das Proletariat hier keine ausgiebige Erfahrung mit der Organisation im Untergrund noch eine Tradition des subversiven revolutionären Kampfes besitzt, obwohl seine Verbindungen mit dem Rest des Volkes noch instabil sind und noch immer die zentristischen und reformistischen Sektoren die Hegemonie in seiner Führung innehaben, hat das Volk - zum Teil dank des Bestehens einer Volksregierung - einen Stand des Bewußtseins, der Organisation und der Kampfbereitschaft erreicht, der unvereinbar ist mit der Art von politischem Regime, das die Diktatur errichten will, und auch unvereinbar mit dem Grad wirtschaftlicher Ausbeutung, den die kapitalistische Entwicklung erfordert.

Der Putsch traf die Massen in dem Augenblick, in dem ihr Lebensstandard am tiefsten und ihr Mißtrauen gegenüber der Regierung und der UP am höchsten waren. Der Putsch, die Repression, der Mangel an Führung usw. reduzierten die Massenbewegung auf den denkbar niedrigsten Stand. Dies ist jedoch nur eine vorübergehende Situation, da eine Reihe von objektiven, strukturellen Fortschritten besteht in ihrem Bewußtsein und ihrer Organisation, die nicht so leicht verschwinden. Die Ereignisse und die Erfahrung machte ihnen im Gegenteil die wirkliche Bedeutung des Mythos von der Legalität und vom "friedlichen Weg" klar, sowie die Notwendigkeit, mit den Waffen gegen die Unterdrücker zu

kämpfen. Der gegenwärtige Rückfluß der Massenbewegung wird sich notwendig in ein erneutes Anschwellen umkehren in dem Maße, in dem ihr Lebensstandard sinkt - was unausweichlich eintreten wird - und in dem Maße, in dem die Erinnerung an die Massaker löscht und die Avantgarden sich fähig zeigen, ihre Rebellion und ihren Haß zu kanalisieren.

Der Reformismus ist eine der politischen Ausdrucksformen des Volkes. Er wird vertreten von Teilen der PC/PS/FR und IC (Kommunistische Partei, Sozialistische Partei, Radikale Partei und Christliche Linke, d. Übers.) und geführt von der Kommunistischen Partei, die noch immer die wichtigste Partei der Linken ist. Der Reformismus hat noch mehrheitlichen Rückhalt bei den Massen, wenngleich diese schon vor dem Putsch und verstärkt seitdem begonnen haben, ihn in Frage zu stellen.

Die strategisch-taktische Linie des Reformismus in der gegenwärtigen Konjunktur richtet sich ebenfalls auf den Sturz der Diktatur und weist sicherlich folgende Merkmale auf. Erstens wird seine wesentlich bürokratische Natur sich umsetzen in eine Suche nach Bündnissen, die sich ausschließlich im Überbau bewegen - eine antifaschistische Allianz -, wobei die Mobilisierung der Basis auf das Äußerste beschränkt wird, da eine solche Mobilisierung seine Fesseln sprengen und unkontrollierbar werden kann, was die Einheit der antifaschistischen Front erschweren würde. Zweitens wird sein gradualistisches Verständnis des Prozesses der Entfaltung der Volkskräfte dazu führen, daß er sich nicht in den Dienst einer Herausbildung einer Volksmacht stellen wird, die den Stand der Klassenkämpfe sprunghaft ansteigen ließe. Der Reformismus wird sich nicht darauf ausrichten, die Massen für die bewaffnete Auseinandersetzung vorzubereiten, und auch nicht darauf, den Kampf gegen den Faschismus zu verknüpfen mit dem Kampf für die Macht und den Sozialismus. Der Reformismus wird also letztlich nur für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie kämpfen und wird in der Praxis die Führung der antifaschistischen Front den bürgerlichen Sektoren der Allianz überlassen. Wenn die Diktatur gestürzt wird, wird der Reformismus die Bewahrung des bürgerlichen Staates anstreben und mit allen Mitteln darum kämpfen, die gesamte Breite der antifaschistischen Front aufrecht zu erhalten.

Die revolutionären Kräfte, der andere politische Ausdruck des Volkes, werden vertreten vom MAPU, dem MIR, Teilen des PS, des PC und der IC. Diese Sektoren haben bisher nur spärlichen Rückhalt in den Massen und besonders in der Arbeiterklasse, da ihre politische Linie und Organisation noch schwach ausgebildet sind und ihnen eine einheitliche Avantgarde fehlt, die als Organ dienen könnte. Nur ihre Entschlußkraft, die Richtigkeit ihrer strategisch-taktischen Einschätzung und ihre Artikulierung und Organisation werden es ihr erlauben, sich in eine relevante Kraft zu verwandeln.

4. Die internationale Situation

Der Sturz der UP bedeutet einen schweren Schlag für die internationale Arbeiterbewegung, weil dadurch eine der vordersten Stellungen im Kampf für den Sozialismus verloren wurde. Er bedeutet jedoch gleichzeitig die endgültige Überwindung der reformistischen Linie. Das lateinamerikanische Proletariat erreicht eine höhere Form in dem Maße, in dem es von der chilenischen Erfahrung lernt und die Notwendigkeit begreift, sich eine kontinentale Organisation zu geben, um für den Sozialismus zu kämpfen. Andererseits ist der Sturz der UP auch Ausdruck eines tiefergehenden Phänomens: Des zunehmenden Hegemonieverlusts des amerikanischen Imperialismus. Besiegt in Asien, unter starkem Konkurrenzdruck von Seiten Westeuropas und Japan; intern in Frage gestellt bis zu dem Punkt, wo ein Vizepräsident zurücktreten muß, werfen die USA sich nun auf Lateinamerika, wo sie mit den extremsten Mitteln, mit faschistischen Coups, die Aufrechterhaltung des Kapitalismus und ihrer eigenen Kontrolle sichern wollen. Es handelt sich um die letzten Prankenhiebe einer verwundeten Bestie, was sie äußerst gefährlich macht, aber nicht das Grundlegende verbergen darf: Ihre strategische Schwäche.

5. Die wirtschaftliche Situation

Die konjunkturelle wirtschaftliche Situation ist günstig für die Diktatur. Im Augenblick des Putsches war der Lebensstandard der Massen bereits äußerst niedrig; es bestand eine große Kluft zwischen ihrem nominalen Einkommen (in Geld) und ihrem realen Konsum; die Versorgungsschwierigkeiten waren allgemein; die Schuld für alle wirtschaftlichen Probleme konnten - und können weiterhin - der UP in die Schuhe geschoben werden. Die Welle der Preissteigerungen, die die Diktatur verordnet hat, wird tatsächlich die Unausgewogenheiten des Marktes korrigieren, ohne daß größere politische Widerstände zu überwinden wären, einmal wegen den soeben genannten Mechanismen sowie wegen der Einschüchterung der Massen, die sie dazu veranlassen wird, diese Restriktionen ohne größeren Protest über sich ergehen zu lassen. Das einzige Problem, das in der gegenwärtigen Konjunktur auftauchen kann, ist der noch nicht entschiedene Kampf zwischen denjenigen, die ein Wirtschaftsmodell der freien Konkurrenz verfechten, und denjenigen, die eine eiserne Staatskontrolle für notwendig halten. Aber die wirklichen Probleme der Diktatur sind auf der strukturellen Ebene angesiedelt.

Wegen seiner internen und internationalen Schwierigkeiten ist der Imperialismus außerstande, ihr mit Staatskrediten zu helfen. Der chilenische Markt ist zu begrenzt, um rasch und massiv ausländisches Kapital auf die produktiven Sektoren zu ziehen. Soweit ausländische Investitionen kommen, werden diese spekulativer Natur sein und auf hohe und rasche Gewinne gerichtet werden. Statt Überschüsse beizutragen, werden sie eher solche aus dem Land ziehen. Die wirtschaftliche Entwicklung muß sich daher auf nationale Investitionen stützen und mit intern geschaffenen Überschüssen finanzieren. Aber in Bezug auf ersteres läßt sich feststellen, daß die private Investition in Chile äußerst begrenzt ist: Der Wechsel in den politischen Bedingungen genügt nicht, um allein die Akkumulationsneigung der Investoren zu erhöhen und die Investitionen attraktiver zu machen. Andererseits ist die dominierende Linie innerhalb der Junta im wirtschaftlichen Bereich die neolibérale, die den Staat nicht als Investor, sondern als Korrekturfaktor ansieht. Es wird also Schwierigkeiten geben mit dem Investitionsprozeß.

Was die Finanzierung der Entwicklung angeht, so kann diese nur durch eine Erhöhung der dem Proletariat abgepreßten Ausbeutungsrate erreicht werden, da keine ungenutzten Ressourcen zur Verfügung stehen, auf die man zurückgreifen könnte, wenn man vom externen Beitrag absieht. Das deutet darauf hin, daß ihre politischen Schwierigkeiten außerordentlich schwerwiegend sein werden, weil der Organisationsgrad des Proletariats, seine Kampferfahrung im Bereich der gewerkschaftlichen Forderungen und die anerkannten sozialen Errungenschaften es verhindern, den für das Wachstum der Wirtschaft notwendigen Grad der Überausbeutung zu erreichen. Der Kapitalismus hat in Chile das liberale Rezept (Alessandri) und das reformistische (Frei) ausprobiert, um ein wirtschaftliches Wachstum zu erzielen, und ist in beiden Fällen gescheitert. Heute bleiben keine wirtschaftlichen Reformen mehr übrig, die er noch machen könnte; heute besteht keine Möglichkeit der Überausbeutung mehr. Das faschistische Rezept kann den chilenischen Kapitalismus nicht flott machen; es besitzt keine Möglichkeit, die Produktivkräfte des Landes zu entwickeln. Das ist zweifellos seine wichtigste Schwäche. In der heutigen Situation ist Chile eines der schwächsten Glieder im weltkapitalistischen System. Wir müssen dafür kämpfen, daß die Kette hier bricht.

6. Bilanz und Ausblick

Die Volksschichten besitzen national wie international potentielle Bedingungen einer gesellschaftlichen und politischen Kraftentfaltung, die in strategischer Hinsicht dem Feind überlegen sind. Der Stand des Bewußtseins, der Organisation und der Kampfbereitschaft der Massen, die demokratischen Traditionen des Volkes sind unvereinbar mit einer faschistischen Diktatur, besonders wenn diese nicht einmal in wirtschaftlicher Hinsicht etwas anzubieten hat (im Unterschied beispielsweise zum italienischen und deutschen Faschismus). In der gegenwärtigen Konjunktur ist das Kräfteverhältnis jedoch umgekehrt. Kurzfristig sieht sich die Diktatur nicht bedroht durch die bestehenden objektiven und subjektiven Bedingungen. Immerhin sieht sie sich bedroht durch ihre eigenen internen Widersprüche und durch den Kampf um die Hegemonie, der deshalb ausbrechen wird, denn diese Widersprüche müssen in absehbarer Frist gelöst werden. Die Diktatur befindet sich heute in einem Dilemma; ihre Alternativen lauten, das Regime mehr zu demokratisieren oder zu faschisieren. Aber wenn sie demokratisieren, geben sie der Linken Sauerstoff; wenn sie jedoch weiter faschisieren, werden sie wahrscheinlich versuchen, die gesamte Linke zu liquidieren.

Der MAPU zerschlug den Verrat des Reformismus



Volkseinheit für die Volksmacht MAPU Partei der Arbeiter



AUGENZEUGENBERICHTE DES WIDERSTANDES

Das Militär am Tag des Putsches und danach

Die nachfolgenden Zeugenaussagen eines ehemaligen Luftwaffenoffiziers entnehmen wir der argentinischen Zeitschrift CRISIS.

WIDERSTAND IM MILITÄR.

Jorge, Offizier der Luftwaffe, der sich nicht dem Putsch anschloss:

Die Nachrichten, welche ich erhielt, besagten, dass die Truppen der Luftwaffe den Befehl erhalten hatten, auf die Strasse zu gehen und die Marxisten zu bekämpfen, da es einen Plan der MIR gäbe, die Mitglieder der Streitkräfte zu ermorden. Es wurde gesagt, wenn die Streitkräfte nicht zum Angriff übergangen, dann würden sie selbst von der extremen Linken umgelegt. Das waren die ersten Gerüchte über das, was man später den Plan nannte. Als alle Stoßtrupps gebildet waren, wurde bekanntgegeben daß der Kampf geführt werden müsse, bis die marxistische Regierung gestürzt sei und daß die, die nicht einverstanden seien, es sofort sagen könnten. Einige traten einen Schritt nach vorn, um ihre abweichende Haltung zu bekunden. Sie wurden auf der Stelle festgenommen und vor den anderen erschossen, als abschreckendes Beispiel dafür, was die Abtrünnigen erwartete. Dennoch wurden in El Bosque (Kaserne in La Cisterna, einem Vorort von Santiago) später Kämpfe gegen eine Minderheitsgruppe, die Widerstand leistete, geführt. Nicht weniger als 200 Soldaten fielen bei diesen Vorfällen. Es ist logisch, daß alles dies nicht nach aussen drang; im Gegenteil, die Vorfälle wurden tot geschwiegen, damit es nach außen, ein Bild der totalen Einheit der Faschisten gab. Darüberhinaus kann ich sagen, daß sich nur sehr wenige Offiziere dem Putsch entgegenstellten: aus Furcht schloßen sich einige vielleicht wider Willen an. Die Regierung und die Regierungsparteien waren davor überzeugt, daß die Luftwaffe keine Flugzeuge einsetzen würde, denn man glaubte, sich auf eine nicht geringe Anzahl von loyalen Truppen stützen zu können. Aber dies basierte mehr auf Spekulationen als auf der institutionellen Realität. Der Beweis: es waren die Flugzeuge der Luftwaffe, welche dem Putsch seine militärische Effizienz verliehen. Auf andere Art und Weise wäre der Putsch für die Streitkräfte viel schwieriger gewesen. Die Politiker unterlagen vielen Illusionen bezüglich einer möglicher Spaltung der Streitkräfte, obgleich die Informationen, über die sie verfügten, im allgemeinen korrekt waren. Aber sie sahen die militärischen Dinge von einem zivilen Werte aus, was ein entscheidender Fehler ist, vor allem in Augenblicken, in denen man sich schon auf völlig brüchigem Boden befindet.

Wir, die verfassungstreuen Soldaten, hatten die Regierung und die Parteien über alles was innerhalb der Streitkräfte vor sich ging, informiert. Mindestens einen Monat vor dem Putsch informierten wir den Präsidenten, daß fünf Vertreter jeder Waffengattung eine Versammlung abgehalten hatten, in der sie den genauen Ablauf des Putsches absprachen. Wir wußten selbstverständlich, daß, einmal die Maschinerie in Gang gesetzt, sich im innern der Armee keine grösseren Spaltungen mehr abspielen würden, wie einige in der Regierung es glaubten. Hierin lag der große Fehler; als General Prats von seinem Posten als Verteidigungsminister und Oberkommandierender der Streitkräfte zurücktrat, war der putschistische Angriff nicht mehr abzuwenden. Er war in der Tat der einzige Rettungsanker. Darum griffen sie ihn auch

Bezüglich des Luftangriffs auf die Moneda müssen einige genauere Angaben gemacht werden. Die verwendeten Raketen sind supermodern. Jedes Flugzeug ist mit 36 davon ausgerüstet, 18 auf jeder Seite; sie können einzeln oder alle gleichzeitig abgeworfen werden. Sie haben die Eigenschaft, daß sie, wenn sie explodieren, 600 bis 800 Granatsplitter entsenden. Darüberhinaus sind sie sehr gut lenkbar; das geht so weit, daß sie praktisch nicht das Ziel, das zerstört werden soll, verfehlen. Damit läßt sich erklären, daß die Räume von Allende und Daniel Vergara am meisten zerstört waren. Einige dieser fernlenkbaren Bomben drangen durch die Fenster in die Moneda ein. Wie alle wissen, dauerte der Angriff ungefähr 20 Minuten, und die beide Flugzeuge machten etwa sechs oder sieben rasante Sturzflüge; daraus läßt sich ermesen, daß etwa 20 bis 25 Bomben dieses Typs abgeworfen wurden. Auch in Tomas Moro wurde nur ein Teil des Wohnhauses des Präsidenten zerstört; der Schreibtisch Allendes war am meisten betroffen. Man kann daraus schliessen, daß die Piloten genau ihre Ziele kannten; nichts war improvisiert, gar nichts. Ich glaube, daß die Bombardierung genau und ausgiebig vorher geplant worden war. Die Anführer des Putsches hatten alle Einzelheiten genau vorausgeplant, denn sie wußten, daß sehr unwahrscheinlich war, daß Allende sich ergeben würde. Er selbst hatte ja gesagt, daß sie ihn nur tot aus der Moneda heraus holen könnten. Die Putschisten beschlossen infolgedessen, ihn zu töten und dann das mit dem Selbstmord in die Welt zu setzen. Ich bin fast sicher, daß Allende während des Bombenangriffs starb.



EIN PLAKAT DES MIR

Text: Soldat, laß dich nie wieder dazu bringen!
Soldat, schieß nicht auf das Volk!

Während der letzten zwei Jahren hatten die Reisen und Stipendien nach Panama zugenommen; es wurden nicht nur die Aktiven eingeladen, sondern schon Leute in Ruhestand. Dort wurden sie nicht nur in Antiguerrillakampf, was der Vorwand war, sondern auch ideologisch geschult. Dies zeigte sich auf allen Gebieten; man verbot dem Personal linke Tageszeitungen zu lesen. Während die linken Publikationen abgestempelt wurden, ließ man die der Rechten als respektierbar und von hoher Qualität erscheinen. Dies mag als nebensächlich erscheinen, bringt aber deutlich zum Ausdruck, wie es innerhalb der Streitkräfte aussah und auf welche Weise der Einfluß der putschistischen Tendenzen zunahm. Dahinter standen die Washington ergebensten Männer.

DIE INTERNEN WIDERSPRÜCHE DER MILITÄRS

Die vorstehenden Berichte über die Situation in den Streitkräften decken sich weitgehend mit den Angaben eines sehr lesenswerten Artikels aus der Novembernummer von Le Monde Diplomatique, aus dem wir hier die Passagen über das Militär zitieren. Darin wird auch auf die internen Widersprüche nach dem Putsch eingegangen.

Die vier Maffegattungen haben - in unterschiedlichem Maße - an der Vorbereitung und der Durchführung des Staatsstreiches teilgenommen. Gewisse Widersprüche bleiben dennoch innerhalb der Ordnungskräfte bestehen.

Die Marine hat sich bei der Verteilung der Minister- und Verwaltungsposten den Löwenanteil gesichert. Sie wurde so dafür belohnt, daß sie sich als erste gegen die sozialistische Regierung gestellt hat. Mehrere Wochen vor dem Staatsstreich hatte sie eine angebliche Verschwörung in einigen Einheiten der Flotte zum Anlaß genommen, alle Linken aus ihren Reihen zu entfernen. Das erklärt, daß am 11. September und in den folgenden Tagen praktisch keine Fälle von Desertion in der Marine auftraten.

Die Haltung der Marine hatte den Präsidenten Allende vor allem beschäftigt. Bis zuletzt hatte er geglaubt, auf die Unterstützung der Mehrheit der Armee rechnen zu können, und vor allem auf den neuen Oberkommandierenden, den General Pinochet. Und zwar so sehr, daß er, als er von der Erhebung in Valparaíso erfuhr, mehrere Stunden lang versuchte, den General Pinochet zu erreichen, um ihn in die Mone da zu rufen, damit er die Zerschlagung der Rebellion organisiere. Am Tag nach dem Putsch hat der neue Junta-Chef, stolz auf seine Raffinesse, vor einer Runde von Offizieren über Allende erklärt: Er hat mir bis zuletzt getraut.

Auf der Ebene der Führung waren es die Carabineros, die am meisten Bedenken geäußert haben, am Staatsstreich teilzunehmen. Erst im vierten Rang fand man einen General, der das neue Regime akzeptierte, den General Mendoza. Sieben hohe Offiziere wurden zum Rücktritt gezwungen.

Es gab Regimenter, die bereit waren, der verfassungsmäßigen Regierung treu zu bleiben, aber keinen hohen Militär, der bereit gewesen wäre, ihre Aktion zu koordinieren. Allerdings hat es am 11. September Kämpfe zwischen Soldaten gegeben: im Norden des Landes, auf einer Luftwaffenbasis von Santiago, El Bosque; Posten der Carabineros haben Widerstand geleistet; der General Leigh ließ den Präsidentenpalast, weil er nicht genug Vertrauen in seine Piloten hatte, durch vier Piloten von LAN -Chile (der zivilen Luftverkehrsgesellschaft) bombardieren, die die Luftwaffe vor einiger Zeit verlassen hatten. Eine Minderheit von Kommandanten und Obersten peruanischen Zuschnitts befanden sich auf halbem Weg ins Leichenschauhaus; Durchsuchungen wurden b wußt nachlässig durchgeführt; es gibt immer noch und es gab Deseñionen mit Waffen (90 allein im Regiment Buin am 11. September).

Innerhalb der Junta scheinen gewisse Streitigkeiten zu bestehen, genügend jedenfalls, daß die Generale es für nützlich halten, oft ihre völlige Übereinstimmung zu betonen. Der General Leigh, immer an der Spitze, hat sicherlich das neue Verfassungsprojekt initiiert und macht den Eindruck, der härteste, der reaktionärste, aber auch der kohärenteste, gewiß der intelligenteste Mann der Junta zu sein. Der Admiral Merino ist sich bewußt, daß die Marine die Speerspitze des Staatsstreiches gewesen ist, und registriert verärgert die Versuche des Generals der Luftwaffe, sich als Kopf der Junta zu präsentieren. Er hält sich für einen großen Kenner und Liebhaber der griechischen Philosophen, und seine Interviews zeigen, daß er nur schlecht einige Kurzfassungen seiner geschätzten Autoren auf genommen hat. Es war üblich zu sagen, daß von 25 Generälen der Armee drei prinzipiell mit dem General Frats stimmten und daß drei weitere zögerten. Der General Pinochet gehörte zu denen, die zögerten. Er sprang auf den fahrenden Zug, weil er die unerhoffte Gelegenheit sah, der erste Mann Chiles zu werden. Der General Mendoza, der Chef der Carabineros, ist ganz klar der gemäßigte Mann der Junta. Die UP hatte große Anstrengungen gemacht, die Sympathie einer Reihe von Offizieren der Carabineros zu gewinnen. Konflikte könnten zwischen der Junta und einigen Generälen, deren Neigung zur Christdemokratie bekannt ist, wie dem General Bonilla, Innenminister, und dem General Ruiz, dem ehemaligen Chef der Luftwaffe, der Mitte August von seinem Amt als Minister auf den Rat von Eduardo Frei hin zurücktrat, auftreten. Ruiz hatte damit die Krise eröffnet, die mit dem 11. September endete. Er ist zum Rektor der Universität von Chile ernannt worden.



Der Widerstand bei EX-SUMAR

Die in der Regierungszeit Allendes sozialisierte große Textilfabrik EX-SUMAR gehörte zu den Unternehmen, in denen am 11. September, am Tag des Putsches, am heftigsten und ausdauerndsten Widerstand geleistet wurde. Der im folgenden wieder-gegebene Bericht ist ein Zeugnis sowohl für Heroismus und Kampfbereitschaft wie für einen erschreckenden Mangel an Aktionseinheit, Vorbereitung und Organisation im Augenblick der Entscheidung.

Augenzeugenbericht des Ex-Direktors der Sumar-Industrie über die Ereignisse vom 11. bis 15. September 1973

Der Tag beginnt relativ normal. Es ist 7.10 Uhr und der Weg von meinem Haus zu den Industrie-Anlagen (Manufactura SUMAR planta Nylon) kommt mir wie jeden Tag vor. Nur die Straßen sehen verlassen aus wegen des Streiks der Omnibus-unternehmer. Dieser Streik wurde in Koordination mit den Militärputschisten und unter der politischen Kontrolle von "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) durchgeführt.

Ich komme im Betrieb an mit der Absicht, einen weiteren Tag meine täglichen Pflichten zu erfüllen, ohne die geringste Ahnung, was die chilenischen Arbeiter an diesem 11. September erleben sollten. Die Ankunft gestaltete sich wie an jedem gewöhnlichen Arbeitstag; ich war damit beschäftigt, Anweisungen an meine Sekretärin und an die Abteilungsleiter zu geben, als das Telefon läutete und der Genosse Andrés von Lanker, Exekutivsekretär des Textilkomitees CORFO, mich sprechen wollte. Meine Sekretärin reicht mir die Verbindung, und ich höre mit wachsendem Entsetzen und mit Bestürzung, was mir der Genosse Andrés mitteilte. Er sagt mir: "David, rufe sofort eine Versammlung der Arbeiter zusammen und teile den Genossen mit, was ich dir erklären werde. Die Kriegsmarine hat Valparaíso besetzt und ist auf dem Weg nach Santiago mit der Absicht, die Regierung Allendes zu stürzen. Es scheint, daß das Militär in Santiago noch nicht Stellung bezogen hat, aber die Offizierschule der Carabineros macht sich schon auf den Weg zur Moneda, um mit den ganzen Carabinero-Corps die Volkregierung zu verteidigen. Es scheint, daß sie zum großen Schlag ausholen." Ich antworte ihm: "Einverstanden, bei jeder Neuigkeit rufen wir uns an." Daraufhin veranlasse ich eine dringliche Versammlung der Gewerkschaftsführer der J.P., um die Situation zu analysieren und um zu überlegen, in welcher Weise man den Arbeitern darlegen sollte, was im Gange war. In der Versammlung brach ein Konflikt aus: die Führer der Kommunistischen Partei (PC) - die in der Mehrheit waren - teilten nicht die Auffassung, eine Versammlung der Arbeiter einzuberufen, um diese vor dem faschistischen Putsch zu warnen, der im Anmarsch war. Sie vertraten die Auffassung, dieses sei nur der Versuch eines Putsches, der "die Masse nicht beschäftigen sollte", und außerdem sollte man die Masse nicht "spalten". Ich konnte

nicht mehr die Ruhe bewahren; die Genossen schienen die Ernsthaftigkeit des Augenblicks nicht zu begreifen. Mit Stulpen und naiven Entschuldigungen vertraten sie den Standpunkt, daß sie erst das Zentralkomitee konsultieren müßten, bevor sie irgendeine Entscheidung treffen könnten; es war, als wollten sie nicht verstehen.

Daraufhin berief ich eine Blitzversammlung ein, die um 9 Uhr zustande kam und auf der die Situation in ihrer ganzen Ernsthaftigkeit den Arbeitern dargelegt wurde. Es traten schwerwiegende Differenzen zwischen den kommunistischen Genossen und mir auf, der ich die Versammlung leitete. Sie redeten, als ob in der Fabrik eine vollkommene Einheit unter den Arbeitern bestünde, während wir alle wußten und während der letzten drei Jahre feststellen konnten, wer Anhänger der Regierung war und wer entschieden gegen sie war. Mit diesem Teil der Arbeiterschaft hatte es während der letzten drei Jahre alle möglichen Probleme gegeben, und es war offensichtlich, daß sie den Vorschlag eines bewaffneten Widerstandes gegen die Faschisten nicht unterstützen würden. Die Aktivität der kommunistischen Genossen erwies sich zu diesem Zeitpunkt als äußerst schädlich, da sie eine unverzügliche, entschiedene und energische Antwort verhinderte.

In der Versammlung beschloß man, die Produktion still zu legen, wachsam abzuwarten und jederzeit Blitzversammlungen einzuberufen, um die Genossen über das zu informieren, was im Gange war und um sofort Maßnahmen für einen möglichen Widerstand und für eine Besetzung des Betriebes zu ergreifen, wenn die Umstände es erforderten. Weil jedoch die Militärs bereits bombardierten und die Kommunikationsmedien der Linken unterbrachen bzw. einfach zerstörten, war die Information, die uns an diesem Morgen erreichte, minimal. Wir hörten nur die kurze Rede von Präsident Allende und die Aufrufe der CUT (Central Unica de Trabajadores).

Unverzüglich rief ich eine Versammlung der Betriebsleiter ein - annähernd 60 Leute - und gab einen kurzen Bericht über die Vorgänge im Land. Ich ordnete an, daß jeder die Verantwortung dafür trage, daß die Betriebsstilllegung möglichst schnell durchgeführt würde. Dieser Industriezweig kann wegen seiner Technologie und der Charakteristika der laufenden Produktion nicht sofort eingestellt werden. Alle Betriebsleiter versprachen die volle Unterstützung dieser Maßnahme und ließen mich wissen, daß der Betrieb spätestens um 6 Uhr morgens des folgenden Tages lahmgelegt sein werde. Das sollte das erste Mal sein, daß der Betrieb seine Produktion total lahmlegte, seit er überhaupt existierte.

Während des Morgens verschlimmerte sich die Lage im Lande von Minute zu Minute für die Kräfte der Linken. Es erreichte uns die Information, daß ein großer Teil des Militärs sich mit den Putschisten verbündet hatte und daß man der Öffentlichkeit die Bildung einer Militärjunta, zusammengesetzt aus den obersten Befehlshabern der drei Flügel der Streitkräfte und dem Befehlshaber der Carabineros, bekannt gegeben hatte. Von unseren politischen Führungsstellen hatten wir zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Information und Instruktion. Das führte während des ganzen Morgens zu Diskussionen zwischen den Parteien, was uns daran hinderte, Resolutionen zu beschließen, die zur Vereinigung der Massen beitragen konnten. Die kommunistischen Genossen vertraten weiterhin den Stand-

punkt, daß es unzulässig sei, die Arbeiterschaft zu alarmieren, und daß kein Widerstand geübt werden sollte, wenn die Militärs in unseren Betrieb eindringen sollten. Sie betonten, daß "die Klasse nicht gespalten werden dürfe", weil die Interessen gemeinsame seien ... Die Situation war gespannt und zum Verzweifeln, was zu Gewaltaktionen unter uns selbst führte. Am Rande dieser Situation begannen einige Führer der Opposition, die Arbeiter gegen die Regierung Allende aufzuhetzen, sie sollten den Betrieb verlassen. Dies führte zu neuen Diskussionen und Zusammenstößen zwischen Anhängern der Junta (die dies allerdings nicht offen zum Ausdruck brachten) und uns, die bereit waren, alles aufs Spiel zu setzen für die Verteidigung unserer Regierung. Wir veranstalteten eine weitere Versammlung der Arbeiter, in der wir die Absichten der Genossen der PC völlig übergingen. Wir äußerten dort geradeaus, daß die Feiglinge, die den Betrieb verlassen wollten, dies tun sollten und daß derjenige, der bereit war, mit uns zu kämpfen, um das zu verteidigen, was so viel gekostet hatte, sich entscheiden sollte. Aber unglücklicherweise entwickelte sich die Versammlung erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen den sozialistischen und den kommunistischen Genossen, die von den anti-allendistischen Arbeitern des Betriebs unterstützt wurden. Sie behaupteten wiederholt, daß wir die Masse spalten wollten, und an diesem Punkt endete die Diskussion in einem offenen Streit. Man beschloß darauf, wer den Betrieb verlassen wollte, dies tun sollte und daß wir mit dem Rest bleiben und bis zur letzten Konsequenz kämpfen würden. Es nahte die Stunde der Ausgangssperre (15 Uhr); die Opposition, die bis zu diesem Zeitpunkt von einem syndikalistischen Standpunkt her argumentiert hatte, begann ihr wahres faschistisches Gesicht zu zeigen, indem sie die Militärjunta politisch unterstützte. Zu diesem Zeitpunkt, wenn auch ziemlich spät, beschlossen die kommunistischen Genossen, uns zu unterstützen.

Nachdem die Versammlung der Arbeiter zu Ende war, machten wir uns an die Aufgabe, Trupps zu organisieren. Wie schwach unsere Position jedoch war, zeigt die Tatsache, daß wir im Betrieb über keinerlei Waffen verfügten und daß unsere politischen Führungsstellen bereits zerstört waren. (Die lokalen Parteisitze waren zerstört worden, einige Führer waren festgenommen oder im Kampf ermordet worden, und die Militärs hatten unsere politische Führung aufgefordert, sich zu ergeben. Carlos Altamirano, Generalsekretär der Partei, war zusammen mit anderen Führern auf der schwarzen Liste der Gorillas.) Das alles gab uns eine dunkle Ahnung für die nächste Zukunft, aber einige Überraschungen ließen uns Mut und Hoffnung schöpfen. In diesem Augenblick, gegen 15 Uhr, kam ein Kontingent von LKWs und Lieferwagen mit Nahrungsmitteln im Betrieb an, um uns für eine lange Periode des Widerstands zu unterstützen. Es kam noch besser; einigen Genossen war es gelungen, von Tomas Moro mit einer beträchtlichen Menge von Maschinengewehren und Panzerfäusten und einigen 100 Maschinenpistolen zu fliehen; dies sollte uns einen vorübergehenden Widerstand ermöglichen. Wir setzten uns sofort mit den Betrieben Pal und Polak (es handelt sich um andere Textilfabriken der komplexen SUMAR-Werke, die an unserer Nordseite lagen) in Verbindung und beschlossen, eine gemeinsame Operation durchzuführen, einen sofor-

tigen Angriff auf das Polizeikommissariat, zweihundert Meter südlich der Nylon-Fabrik. Nachdem dies beschlossen war, kehrten wir in unseren Betrieb zurück, um unseren Genossen das Ergebnis mitzuteilen, aber dort mußten wir den ersten Rückschlag erleben. Die sozialistischen Genossen teilten uns mit, daß die kommunistischen Genossen, die sich offensichtlich unserer Entscheidung, um jeden Preis zu kämpfen, gebeugt hatten, vom Zentralkomitee ihrer Partei Instruktion erhalten hatten, keinen Widerstand in den Betrieben auszuüben. So ließen sie uns mit dem Los unserer eigenen Entscheidungen allein, und es blieben ca. 200 sozialistische Genossen im Betrieb (einschließlich einiger Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialistischen Jugend, die kurz vorher von Carlos Lorca geschickt worden waren) und drei Genossen der PTR-MIR.

Es wurde sofort mit der Vorbereitung unserer Leute begonnen (zwei Kampftrupps von je 40 Mann), die den Betrieb verlassen sollten, um sich dem Feind entgegen zu stellen. Die anderen sollten im Betrieb bleiben, um möglichst lange Widerstand zu leisten. Es waren Frauen zur Stelle, die die medizinische Versorgung der Verletzten übernehmen sollten. Auch diese Pläne mußten im Verlauf der Ereignisse geändert werden. In heftigster Form wurden wir durch Flugzeuge und Hubschrauber attackiert, was ziemliche Verwirrung unter unseren Leuten verursachte. Gleichzeitig mit dem Luftangriff wurde unser Betrieb von Carabineros und militärischen Kräften umzingelt, welche unverzüglich das Feuer von verschiedenen Fronten her eröffneten. Die Genossen, die das militärische Kommando hatten, verteilten unsere Kräfte auf Gruppen von 10 Personen. Sie hatten den Befehl, den Betrieb zu verlassen, die Kräfte, die uns umzingelten, anzugreifen, und sich auf dem Rückzug in den umliegenden "Poblaciones" zu verstecken (La Legua, El Pinar, Esmeralda, Anibal Pinto). Wir waren zum Schluß gekommen, daß es praktisch widersinnig war, im Betrieb zu bleiben und Widerstand zu leisten, nachdem der organisierte Widerstand der gesamten Linken gescheitert war und nur noch wenige Betriebe Widerstand leisteten.

Die Schlacht, die sich danach gegen Carabineros und Militär entwickelte, wurde zum wahren Inferno. Man hörte Maschinengewehrsalven, Explosionen durch die Einschläge der Kugeln. Unsere Leute kämpften entschlossen und mit erstaunlicher Tapferkeit. Biliges Hasten von einer Seite zur anderen, Schreie, Kommandorufe, die kaum zu hören waren. Es war niederschmetternd und furchtbar, als ich den ersten unserer Kämpfer fallen sah, aber ohne die Geistesgegenwart zu verlieren, noch das Ziel aus den Augen, ergriffen die Genossen, die wie ein Schatten folgten, die Waffen und Munition der Gefallenen und setzten den Kampf fort, ohne einen Zentimeter zu weichen. Auch beim Feind zeigten sich Folgen unseres Angriffs; viele fielen durch die Aktionen unserer Kämpfer und von Ferne konnte man Furcht und Nervosität in den Reihen der Militärs beobachten. Nicht ohne Grund, denn viele von diesen befanden sich gegen ihren Willen an dieser Front, und wie viele Freunde, Brüder, Nachbarn mußten sie vielleicht töten, weil es die faschistischen Generäle, die zu diesem Zeitpunkt Furcht und Terror verbreiteten, so befohlen hatten.

Es war gegen 19 Uhr, als zum Betrieb ein hoher Führer unserer Partei kam, der Genosse Rolando Calderón, der uns mitteilte, daß er von dem Indumet-Betrieb kam, wo die Arbeiter mit Mut und Tapferkeit Widerstand geleistet hatten. Es hatte hohe Verluste auf beiden Seiten gegeben; die Arbeiter hatten zwei Jeeps mit Militärs und Waffen zerstört, auch ein Hubschrauber wurde abgeschossen, der auf dem Gelände der Fabrik zerschellte. In diesem Betrieb hatte die Partei ein großes Lager von Waffen, die in jenem Industriesektor verteilt wurden, wo Mitglieder des ZK unserer Partei Schulter an Schulter mit den Arbeitern kämpften. Es waren die Genossen A. Ulloa, Ezequiel Ponce und der Genosse Calderón, die lebend entkommen waren, als dieser Betrieb schon verloren war. Der Genosse hatte uns dies schnell mitgeteilt, da das Militär im Begriff war, in das Gebäude einzudringen, so daß der Genosse Calderón den Rückzug aus dem Betrieb anordnete. Zu bleiben wäre einem glatten Selbstmord gleichgekommen, und wir mußten am Lieben bleiben, um den Widerstand in den Poblaciones in der Nähe des Betriebs zu unterstützen, erklärte uns Calderón. Das würde uns erlauben, unsere Basis zu reorganisieren und Angriffe durchzuführen, die Erfolg hätten und nicht geradewegs in den Tod führten. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch sechs Genossen im Betrieb, und, nachdem der Genosse Calderón seine Erklärung abgegeben hatte, verließen wir die Verwaltungsgebäude, um uns den übrigen Genossen anzuschließen. Eine Maschinengewehrsalve eines Jagdflugzeugs, das im Sturzflug angriff, hielt uns auf; es schien direkt auf das Zentrum der Fabrikgebäude zuzukommen. Dieser Angriff jagte uns einen ziemlichen Schreck ein. Wir liefen mit all unseren Kräften, um in den Kellerräumen der Fabrikhallen Deckung zu finden. Vor uns lief ein Genosse mit der Maschinenpistole in der Hand und schrie etwas, was wir nicht verstehen konnten. Als er bei uns ankam, sagte der Genosse, ein Argentinier, aufgeregt: "Compañeros, mir streikt die Maschinenpistole, bitte repariere sie einer, damit mich diese Huren-söhne nicht zu Scheiße machen!" Einer von uns sprang hinzu und brachte die Waffe mit der notwendigen Eile in Ordnung, es war nur eine Feder steckengeblieben. Er suchte wieder das Weite, da sich der Jagdflieger gerade entfernte. Wir rannten auf einen der 2,50 m hohen Gitterzäune zu und sprangen so gut wir konnten darüber, um in einige Häuser in der Población zu gelangen, von der wir die Information hatten, daß einige Genossen der Parteiführung dort warten würden. Sie sollten uns Instruktionen und Sicherheitsmaßnahmen geben, damit wir unsere Offensive, so weit es ging, fortsetzen konnten.

Wir kamen an ein Haus, wo eine Genossin auf uns wartete. Wir sahen, daß die Hausmauer zerstört war, und wir dachten, daß sowohl das Haus wie das Viertel die Einschläge von großem Kaliber und Bomben erlitten hatten. Die Genossin hieß uns hereinkommen, da man wisse, daß es überall Denunzianten gebe, die sowohl unsere kämpfenden Genossen verrieten wie auch die Hausbesitzer, die ihr Leben riskierten, indem sie Unterschlupf gewährten. Wir trafen uns an diesem Ort mit einem Mitglied des Politbüro der Partei und mit einem anderen Mitglied der C.U.T., die uns weitere Informationen über die Ereignisse gaben und uns darlegten, daß es das korrekteste sei, sich für ein paar Stunden zu verstecken, später in kleinen Gruppen hinauszugehen und die Mil-

tärs nach der Methode der Stadtguerillas anzugreifen. Man informierte uns auch über das, was sich in anderen Vierteln zugetragen hatte, über das Geschick einiger Führer, von denen wir bis zu diesem Zeitpunkt nichts wissen konnten, und über das Geschick des Genossen Allende. Erst in diesem Augenblick erfuhren wir von seinem Tod und von dem letzten und heroischen Kampf, der von ihm geführt wurde und der zugleich der Beginn der Revolution des Volkes gegen die chilenischen Faschisten war.

Keiner von uns wollte sich überzeugen lassen, daß dies die Wahrheit sei; wir hatten alle möglichen Erklärungen: daß er noch an der Regierung sei, in den Kellergewölben der Moneda, daß er sich in diesem Moment versteckt hatte für die letzte Schlacht, die das Volk führen würde, - aber wir wollten nicht akzeptieren, daß er tot sein konnte. Dies trieb uns dazu, den Kampf weiter zu führen, ebenso die Information, die als Gerücht umging, daß die Genossen des MIR zusammen mit General Prats und loyalen Streitkräften den Widerstand gegen die faschistischen Militärs leisten würden. Durch diese Gedanken ermutigt, bildeten wir Gruppen, um später hinauszugehen, mehr Anhänger für unseren Kampf zu holen und um die Dinge mit größerer Klarheit und mit mehr Information zu beurteilen. Im Haus des Genossen, bei dem wir uns versteckt hielten, gab man uns Kaffee, und wir konnten uns ein wenig ausruhen. Aber wir konnten uns nicht von den Bestürzungen erholen, die uns dieser Tag gebracht hatte und die wir noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung ermessen konnten. Die Mutter des Genossen schaltete das Fernsehen ein, und wir hörten einige Nachrichten des Militärs, die ununterbrochen Bekanntmachungen durchgaben, und in den Pausen Militärmusik ... Sie teilten der Öffentlichkeit ihre Schandtaten mit, und versuchten, sie mit Argumenten zu rechtfertigen, von denen die Chilenen sich nicht hätten vorstellen können, daß sie jemals in Chile gebraucht würden: soviel Lüge, soviel niederträchtiger Meuchelmord, allein aufgrund der Tatsache, daß man zur Linken gehörte: es ekelte uns, all dies zu hören, - wir schalteten das Fernsehen aus und machten uns an die Planung unseres sofortigen Aufbruchs. Wir gingen kampfbereit hinaus und arbeiteten uns langsam vorwärts; Türen, Gärten und Fensternischen ausnützend. In dieser Stellung verharrten wir, als wir eine Gruppe von Genossen sahen, die, das Gewehr in der Hand, durch die Straßen liefen, einander Dinge zuriefen, die wir nicht verstanden. Offensichtlich hatten sie einen Zusammenstoß mit Militärs und Carabineros gehabt, denen sie erhebliche Verluste zugefügt hatten. Wir änderten die Taktik, nachdem wir uns den Genossen der Sozialistischen Jugend angeschlossen hatten. Da sie mit Panzerfäusten und Maschinenpistolen bewaffnet waren, bildeten wir zusammen eine kleine Militäreinheit, die bereit war, jedes Los für die Revolution auf sich zu nehmen.

Es kamen Fahrzeuge und einige gepanzerte Fahrzeuge mit Carabineros, dazu ein Aufgebot an Streitkräften mit Fahrzeugen und zu Fuß. Wir griffen sie von verschiedenen Seiten her an. Wegen der Dunkelheit waren die Militärs heftig erschrocken; dazu kam, daß sie von allen umgebenden Häusern angegriffen wurden, was uns im ersten Moment sehr zu Hilfe kam. Da geschah jedoch etwas, mit dem wir nicht rechneten: ein Hubschrauber warf bengalische Lichter ab. Einige Genossen

versuchten, in dem ersten Haus, das sie fanden, Deckung zu finden; es gab aber auch andere, die das Licht ausnützten, um den Feind anzugreifen. Es gab viel Kampfgeschrei, das den Mut derer, die kämpften, anspornte; "Für die Revolution und für unsere endgültige Freiheit!"; "Für den Genossen Allende wirst du Hurensohn bezahlen!"; "Wir werden siegen, mierda, auch wenn sie uns töten!"; "Das Volk wird nachkommen, um dich zu Scheiße zu machen, verdammtes Militär!"

Diese Kampfschreie waren der Ausdruck des Hasses und des Muts unserer Kameraden gegen die Faschisten. Der Kampf war, wie viele von uns ihn sich ausgemalt hatten; Maschinengewehrsalven, Gewehrschüsse und die Anzahl von Toten und Verwundeten, die das bedeutete. Es kam eine Gruppe von fünf Genossen, zwei hatten eine Panzerfaust, einer ein automatisches Gewehr und zwei Maschinengewehre, mit denen sie sich den vorrückenden Truppen entgegenstellten. Plötzlich sah man einen Bus mit Carabineros des "Grupo Móvil" auftauchen, vollbesetzt und bereit, uns auszurotten. Aber sie würden wenig Zeit haben, um sich der Überraschung bewußt zu werden, die sie erwartete. "Laß mir diese Sätze!", "Laß mich auf sie zielen!", sagte der mit der Panzerfaust, "Mach schon, Kerl!", "Sie nähern sich schon, schieß, mierda, oder sie werden uns verkacken!". Ein einziger Volltreffer ließ den Omnibus und die "Pacos" drinnen in die Luft gehen. Der Bus ging in Flammen auf, und die Bullen schriegen wie verrückt. Einige kamen aus dem Bus heraus, wir fingen an, auf sie zu schießen, es waren etwa sechs - keiner von ihnen entkam. Dann tauchten einige Polizeipanzer auf, denen wir uns ebenfalls entgegenstellen wollten, aber die Genossen mit der Panzerfaust brauchten zu lange, um zu laden, und eine Maschinengewehrsalve tötete drei von ihnen. Wir, die wir den Rückzug deckten, stießen zu dem Ort vor, um zu sehen, was man für sie tun könnte. Aber es war schon zu spät. Wir sammelten an Waffen ein, was wir konnten und zogen uns in aller Eile zurück. Die Genossen vom anderen Wohnblock informierten uns, daß wir uns zurückziehen müßten, denn die Militärs rückten mit großen Kontingenten und mit viel Ausrüstung vor. Es war unmöglich, daß wir uns diesen Streitkräften konfrontierten. Dieser Befehl wurde an alle Genossen ausgegeben, und wir zogen uns in die benachbarte Población zurück. Nachdem wir durch mehrere Wohnblocks gerannt waren, über Mauern springend, durch die Höfe der Häuser, gelang es mir, das Haus eines Genossen auszumachen. Wir gingen hinein, schwitzend, die Angst stand in unseren Augen, wütend und fluchend wegen unserer im Kampf gefallenen Kameraden.

An dem Ort herrschte eine furchtbare Spannung, schwer zu beschreiben: die Hausbesitzer waren neugierig, aber voll Furcht, daß uns jemand folgen und in diesem Hause suchen könnte. Man hörte die Schüsse auf der Straße, die furchtbaren Schreie, vielleicht von einem Verletzten, das Bröhlen von schweren Fahrzeugen durch die Straßen; das alles hielt uns in heftiger Panik; wir weinten für unsere gefallenen Kameraden, drohten und beschimpften die Militärs und die Arschlöcher von Carabineros ... Die Bedächtigeren beruhigten uns, wir tranken einige Tropfen Schnaps und nachdem wir uns beruhigt hatten, überlegten wir nüchtern die künftigen Schritte.

Wir stimmten darin überein, daß wir in dieser Nacht (von Dienstag auf Mittwoch, den 12.) nicht mehr hinaus gehen würden, aus Gründen der Sicherheit - für den Fall, daß wir dieses Haus weiterhin als Unterschlupf gebrauchen wollten. Wir dachten, im Morgengrauen hinauszugehen, die Straßen hinunterzulaufen zu den Häusern, die uns gehörten, einige Lager zu besuchen und dadurch den Befehlsstand unserer Partei auszumachen und Instruktionen einzuholen, um die Arbeit zu koordinieren, die von jetzt an zu tun sei.

Wir wurden ruhig, und jeder vertiefte sich in seine Gedanken. Niemand schlief diese Nacht. Jeder erinnerte sich an das, was er an diesem Tag gesehen hatte, wir dachten an unsere Frauen und Kinder, wir fragten uns, wie es ihnen und unseren Eltern, Brüdern und den Freunden, die uns beim Kampf zur Seite gestanden hatten, gehen würde, ob sie es geschafft haben würden, sich zu verstecken, ob sie noch am Leben seien. Diese und viele andere Fragen mehr drängten sich uns auf, ließen uns nicht schlafen, am Ende dieses ersten Tages des Kampfes und der bitteren Erfahrungen.

Die ersten Lichter des Morgengrauens drangen durch das Fenster, und mit ihnen kam über uns die Sorge, daß dies der letzte Tag unseres Lebens sein könnte. Gewaschen, gefrühstückt, konnten wir erst richtig verstehen, daß wir mitten in einer Revolution waren, die den Anfangspunkt eines langen Kampfes markierte, dem wir uns mit Tapferkeit und Entschiedenheit von Revolutionären zuwenden mußten. Wir, die wir uns die vorhergehende Nacht vor den Militärs hatten verstecken können, sagten uns, daß unsere erste Aufgabe sein mußte, herauszubekommen, was mit dem Rest unserer Kameraden und Freunde passiert war und was wir endlich machen würden, wenn wir uns entschließen sollten, den Kampf fortzusetzen.

Wir gingen gegen 9 Uhr hinaus (Mittwoch, den 12. September), um an die Orte zurückzukehren, an denen sich in der vergangenen Nacht der Kampf entwickelt hatte. Die Militärs fuhren weiterhin die Straßen auf und ab, schossen, wenn sie von Heckenschützen überrascht wurden. Wir nahmen Deckung hinter jedem Gegenstand, der ein wenig Schutz gewährte. Manchmal mußten wir rennen und uns verstecken, meistens im ersten Haus, das wir offen fanden. Niemand verweigerte uns die Zuflucht, im Gegenteil, sie riefen uns sogar selbst, und wenn sich alles neu zu beruhigen schien, gingen wir wieder hinaus mit unserem Ziel: nochmals unsere Kameraden auszumachen. Als wir an der Ecke ankamen, wo wir in der vergangenen Nacht den Polizeibus in die Luft gejagt hatten, sahen wir noch die Leichen auf dem Boden liegen, ohne daß irgendjemand versucht hätte, sie dort wegzuholen. Später erfuhren wir, daß die Militärs selbst den Bewohnern verboten hatten, sich den Leichen zu nähern, um sie wegzuräumen. Die Absicht war, daß sie zur Abschreckung für die Arbeiterklasse dienen sollten, als Beispiel dafür, was geschehen würde, wenn den Faschisten Widerstand entgegengesetzt würde. Aber diese Dummköpfe waren sich nicht klar darüber, daß sie damit einzig den Haß des Volkes gegen die Meuchelmörder der Arbeiterklasse auf sich ziehen würden, der mehr und mehr anwachsen würde. Keiner der durch das Militär verletzten oder getöteten Arbeiter wurde aus der Kampflinie entfernt. Dies ist ein wahres Zeichen der Bestialität, mit der diese Militär-Gorillas

ihre Mordaktionen und Terrorakte vorantrieben: die Hospitäler und die Erste-Hilfe-Stationen behandelten nur ihre eigenen Leute, die Verletzten aus den Reihen des Volkes ließen sie wie Hunde sterben.

Wenige Wohnblocks von dort entfernt, sah ich mit Entsetzen die fünf Leichen von Genossen, die in der vergangenen Nacht gekämpft hatten und offensichtlich keinen Unterschlupf gefunden hatten bzw. es vorgezogen hatten, im Kampf für ihre Ideale zu sterben. Jeder von diesen gefallenen Genossen hatte ein leichtes Lächeln im Gesicht - als ob er damit seine Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod ausdrücken wollte, wenn es darum ging, für die eigene Klasse zu kämpfen. Unter ihnen fand sich ein großer Freund und Gewerkschaftsführer der Angestellten und Techniker des SUMAR-Polak-Werkes, der, ausgestreckt auf dem Boden, zeigte, daß er seine Pflicht für das Vaterland und für die Revolution erfüllt hatte. Ich sage dies, weil viele Genossen vor dem Militärputsch eine politische Existenz führten, die in den Anfängen steckte und weil sie von vielen von uns als Kleinbürger und Günstlinge des Regimes abqualifiziert wurden. Aber, wie im Falle dieses Genossen, bewiesen sie im Kampf (gegenüber vielen anderen, die in diesem Augenblick ihren Verantwortungungen aus dem Weg gingen), daß die Pflicht der Revolutionäre nicht allein darin besteht, schöne Worte, die sehr oft gegenüber den Massen laut verkündet wurden, in angenehmen und leichten Zeiten der Entwicklungen der UP, von sich zu geben - oder alle Tage zu Parteisitzungen zu gehen. Hier, hingestreckt auf der Straße durch einige Kugeln, die seinen Körper durchlöchert hatten, war der Genosse durch sein Schweigen ein Aufschrei, daß er sein Leben nicht umsonst geopfert hatte, daß noch viele wie er in der Schlacht fallen würden, aber daß das Recht der Ausgebeuteten bald ein glückliches Erwachen und seine Kinder ein besseres Morgen erleben würden.

Nachdem wir die Leichen behelfsmäßig bedecken konnten und als wir sahen, daß die Ambulanz einige abholte, führte uns unser Weg auf die Spur derer, die entkommen waren. Nach und nach entdeckten wir den groten Teil unserer Leute, schon von der Müdigkeit überwältigt, ohne Munition, um den Kampf fortzusetzen und ohne Hinweis auf unsere Parteileitung. Wir entfernten uns von diesem Ort, versprachen aber, mit Waffen zurückzukehren, sobald wir die Genossen der Parteileitung finden würden.

Wir machten uns auf den Weg, gingen von einem Lager zum anderen - aber umsonst: jedes Mal mußten wir die bittere Wahrheit kennenlernen: "Genosse, hierher ist niemand gekommen.", "Wir haben keinen Widerstand geleistet, weil wir keine Waffe hatten, nicht einmal eine Schleuder." Dies wiederholte sich jedes Mal, mit immer mehr Sarkasmus und Verzweiflung seitens der Genossen, die nicht die Möglichkeit gehabt hatten, an der Seite ihrer gefallenen Brüder zu kämpfen. Diese ganze Rennerei hatte uns den ganzen Tag über beansprucht und auch die Nacht zum 13. Kurz vor der Ausgangssperre bauten wir einen Genossen, uns bis zum nächsten Tag zu verstecken. Wir hatten beschlossen, unsere Suche fortzusetzen, um gegenüber denen Wort zu halten, die sehnlichst auf uns und auf das warteten, was wir ihnen versprochen hatten: Waffen und Munition. Die Leute, die uns Unterschlupf gewährt hatten, waren linke Christen, sie waren Allendisten bis aufs Mark, bereit, den Kampf für die Armen zu führen.

Es war eine Familie, ein reifes Ehepaar und drei verhältnismäßig junge Mädchen. Sie behandelten uns, so gut sie konnten, und erzählten uns alles, was sie gehört und gesehen hatten über die entsetzlichen Grausamkeiten der Militärs. Sie fragten uns auch, was mit den Genossen von SUMAR passiert war, denn überall war bekannt, daß jene Widerstand geleistet hatten und daß der grote Teil tot war. Wir sagten ihnen, daß dies alles Geschwätz der Reaktionäre und des Militärs sei, die es gerne hätten, daß das Volk zurückweicht und unter dem Einfluß des Terrors stillhlt. Am nächsten Morgen, dem Donnerstag, setzten wir die Suche nach den Parteigenossen fort, wiederum ohne Erfolg. Ich schlief diese Nacht bei einem anderen Genossen. Am Freitag ging es genau so, und ich schlief in einem Haus in San Bernardo. Am Samstag, mit den Nerven total fertig, gab ich die Suche auf und ging zu Genossen in der Stadtmitte. Aufgrund meines Zustands beschlossen die Genossen, mich gleich am Sonntag in eine Botschaft zu bringen.

Ohne Waffen, ohne Organisation im Volk, angesichts zerstörter politischer Kader, blieb uns allein die Alternative, von Haus zu Haus zu streifen, bis uns die Militärs entdeckten und auf der Stelle erschossen, oder in einer Botschaft um Asyl zu ersuchen, damit wir außerhalb unseres Landes die Kräfte reorganisieren und Vorbereitungen für eine Rückkehr treffen könnten, um uns in die Organisation des Widerstands zu integrieren, die in Chile heute bereits keimt.

HASTA LA VICTORIA SIEMPRE !

David Iturra



Der Kampf geht weiter

GALERIE
POLL

GALERIE POLL,

1 Berlin 15,
Kurfürstendamm 185
Telefon: 030/8836644

stellt vom 4.-7.12.
Bilder von Knst-
lern aus Berlin und
der BRD aus. Am 7.12
findet die Verstei-
gerung der Bilder
statt. Der Erlös
wird auf das Soli-
darittskonto ge-
sandt.

Das Unternehmen von Paso Nevado

Zeugnis von der Niederlage einer gut vorbereiteten und systematisch organisierten Widerstandsaktion in der Provinz Talca legt ein Bericht ab, der uns aus Chile erreichte:

Am 11. September gegen 10.30 Uhr verließ eine Kolonne von mehr als 10 Fahrzeugen die Stadt Talca (ca. 220 km südlich von Santiago) in Richtung Gebirge. Zu dieser Kolonne gehörten ungefähr 50 militante Mitglieder der Linken.

Der Sinn der Aktion: Aufbau eines Untergrund-Radiosenders im Vorgebirge, um - überwiegend für die städtischen Zentren - die Aktionen des Kriegs der Arbeiter und des Volkes gegen die Putschisten zu orientieren. Zusätzlich sollte eine Vorhut Verbindungswege mit Argentinien für unersetzliche logistische Hilfe öffnen.

Die Fahrzeuge waren beladen mit allen notwendigen Ausrüstungsgegenständen, um ein Lager aufzuschlagen: mit automatischen Waffen, Munition, Laternen, Radiosender für Batteriebetrieb, Matratzen, Schlafsäcke, Tornistern, Lebensmittelkonserven, Medikamenten, Walkie-Talkies etc. Die meisten Fahrzeuge waren kleine Lastwagen. 20 km weiter westlich, im Dorf von San Clemente, kamen noch zwei Fahrzeuge dazu, beladen mit Brennstoffen und Lebensmitteln.

Man wußte bereits, daß die Moneda bombardiert worden war und daß der Compañero ALLENDE ermordet worden war.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Heer in der Provinz erst die Gebäude der öffentlichen Dienstleistungsinstitutionen besetzt, die der politische Sitz der Parteien der Volkseinheit waren.

Es war gegen 13.00 Uhr, als die Kolonne in "Paso Nevado", einem Dorf mit weniger als 100 Häusern, ankam. Zuvor, 16 km vor Paso Nevado, bogen drei Fahrzeuge in Richtung Vilches Alto ab, um dort Kontakt mit Bauern aufzunehmen, die dort auf Anweisungen warteten. Der bewaffnete Widerstand gegen die faschistischen Militärs sollte dort vorbereitet werden.

Der Polizeiposten von Paso Nevado, der mit drei uniformierten Polizisten (carabineros) ausgestattet war, ließ die Fahrzeuge anhalten. An der Straße hatten sie ein Maschinengewehr aufgestellt. Zusätzlich verfügten sie noch über ihre üblichen Dienstwaffen. Einer der Polizisten verblieb im Gebäude.

Im ersten Fahrzeug fuhr neben anderen der Intendente der Provinz Talca, Compañero Germán Castro Rojas. Der Unteroffizier näherte sich dem ersten Fahrzeug und befahl aussteigen. Der Intendente wies sich aus; der Polizist teilte ihm mit, daß er verhaftet sei, da er Befehle erhalten habe, alle Politiker und Funktionäre der Volkseinheit festzunehmen.

Vom dritten Fahrzeug aus wurde auf den Unteroffizier und auf den Polizisten am Maschinengewehr geschossen; beide

wurden tödlich verwundet. Der Polizist, der im Gebäude geblieben war, schaffte es noch, über Radio die Polizeizentrale in Talca zu unterrichten, bevor er am Bein verletzt und gefangengenommen wurde.

Das Radio im Polizeiposten wurde zerstört. Die Fahrt wurde eilig fortgesetzt, um besseres Gelände zu erreichen, für den Fall, daß sie durch die Luftwaffe aufgespürt werden sollten, die bereits seit den frühen Morgenstunden Patrouillenflüge in der Zentralzone unternommen hatte.

In der Höhe des Sektors "Armerillo" wurden sie von Flugzeugen und von zwei Hubschraubern aus der Luft angegriffen. Die Hubschrauber transportierten Spezialtruppen für den Einsatz im Gebirge. Zusätzlich kamen auf dem Landwege Militärprouillen aus San Clemente heran.

Nur das Schicksal einiger dieser Militanten ist bekannt. Diejenigen, die zuvor in Richtung Vilches abgelenkt waren, schlugen sich nach Argentinien durch. Einen Monat später gab die argentinische Regierung bekannt, daß sie um Asyl gebeten hatten. Die faschistische Regierung beantragte sofort ihre Auslieferung.

Andere wurden gefangengenommen. Der Intendente wurde mit einigen anderen nach fünf Tagen erschossen. Vorher hatte man ihm bei Folterungen sämtliche Finger- und Zehennägel gezogen, sämtliche Zähne herausgebrochen und mit einem Gewehrkolben den Kiefer zerschlagen. Andere wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Aus Bekanntmachungen der Polizei weiß man, daß weitere bei den Kämpfen umgekommen sind und daß auch einige Bauern, die die militanten Linken im Kampf unterstützten, verschwunden sind.





CHILE UND LATEINAMERIKA

Der faschistische Militärputsch in Chile und die Repression in Peru

Diejenigen, die weiterhin eine positive Vorstellung über das Militärregime in Peru haben, werden sicher sehr erstaunt sein, wenn sie erfahren, daß die Repression gegen Arbeiter, Studenten und Mitglieder revolutionärer sozialistischer Linksorganisationen augenblicklich so umfassend und hart ist. In Wirklichkeit beruht das Ansehen des peruanischen Militärregimes im Ausland ohne Zweifel auf drei Faktoren:

- 1) auf den in den ersten beiden Regierungsjahren eingeleiteten Reformen
- 2) auf einer multilateralen Aussenpolitik
- 3) auf dem fast vollständigen Fehlen von Informationen über die wirklichen Ereignisse in den letzten drei Jahren und insbesondere im laufenden Jahr in Peru.

Seit Mitte des letzten Jahres wurden die Industrie- und Minenarbeiter schwer betroffen durch den gewaltigen Anstieg der Lebenshaltungskosten und durch das Sinken des Reallohnes. Dies in einem Land, in dem nach offiziellen Angaben die Unterbeschäftigten 40% der Arbeiter ausmachen und die offene Arbeitslosenziffer 10% übersteigt. Auf der anderen Seite hat sich die ausländische Investitionstätigkeit in den letzten beiden Jahren praktisch verdoppelt und im Bergbau, der Erdölerschließung und Gewinnung sowie in Infrastrukturprojekten konzentriert. Es wurden 20 Erdölverträge mit den größten imperialistischen Gesellschaften abgeschlossen. Der Bergbau befindet sich entweder in den Händen amerikanischen Kapitals oder man neigt dazu, "Mischgesellschaften" (empresas mixtas) aus internationalem und staatlichem Kapital zu gründen. Ebenso in der verarbeitenden Industrie, wo z.B. Bayer einen Vertrag über Investitionen in Höhe von mehr als 30 Mill. Dollar in einer "Mischgesellschaft" mit dem Staat abschloß, von der 70% der Aktien in den Händen von Bayer sind. In dem Maße, wie sich die augenblicklich verhandelten Verträge verwirklichen, werden die Auslandsinvestitionen die Höhe vor dem Militärputsch 1968 weit überschreiten. Außerdem muß angeführt werden, daß die imperialistischen Kredite, die in diesem Jahr dem peruanischen Regime gewährt wurden, erheblich zugenommen haben. So gewährten Wells Fargo, Banc of San Francisco zusammen mit 15 anderen Banken verschiedener Länder dem peruanischen Militärregime 140 Mill. Dollar; die First National Bank gab zusammen mit einem anderen internationalen Bankenkonsorzium 40 Mill. Dollar. Die Chase

Manhattan Bank bewilligte einen 290 Mill. Dollar Kredit. Im November 72 beschlossen die imperialistischen Finanzkonsortien, die im sog. "Klub von Paris" vereinigt sind, Investitionen und Kredite in Höhe von 780 Mill. Dollar, über die schon konkret vereinbart wurden. Derselbe "Klub von Paris" beschloß auf Empfehlung der Weltbank im Mai dieses Jahres Verhandlungen über die Finanzierung einer Reihe von Infrastruktur- und Bergbauprojekten in Höhe von 1,9 Mrd. Dollar, die gegenwärtig laufen. Ebenso hat die Weltbank vor kurzem einen 25 Mill. Dollar Kredit gewährt und weitere wurden durch die Interamerikanische Entwicklungsbank gegeben. Japan steht - außer seinen Investitionen im Bergbau und der Erölbranche - in Verhandlungen mit dem peruanischen Militärregime über die Gewährung eines Kredites in Höhe von 490 Mill. Dollar für die Konstruktion einer Öl-pipeline. Man möge all dies mit der imperialistischen Politik gegenüber Chile vergleichen.

Unter diesen Umständen sahen sich die Arbeiter, Angestellten und große Teile der Bauern dazu gezwungen, sich für die Forderung nach besseren Löhnen und stabilen Arbeitsplätzen einzutreten und außerdem energischen Widerstand zu leisten gegen die Bemühungen des Staates, in korporativistischer Weise die Arbeiterorganisationen zu kontrollieren. Zwischen Januar und August dieses Jahres haben mehr als 500 Streiks stattgefunden. Das Militärregime hat versucht, die Streiks durch militärische Besetzung von Städten, Verhaftung von Arbeitern und Gewerkschaftsführern, zwei Arbeitermassakern, der Verbannung der wichtigsten Minenarbeiterführer, sowie aller Führer der Lehrer-gewerkschaft mittels eines Dekretes, das außerdem die Verbannung von Hunderten seiner Mitglieder ermöglicht, - gleiches ist zwischen Mai und Juni d.J. mit den Gewerkschaften der Hüttenarbeiter in Chimbote und Paramonga geschehen (Grace and Co.) zu unterdrücken.

Gegenwärtig gibt es schon mehr als 20 des Landes verwiesene Arbeiter, Lehrer und linke Intellektuelle. Die Gefangenen aus diesen Sektoren haben abrupt zugenommen..

Diese neue Politik der Zerstörung von Gewerkschaften, der massiven Entlassung von Arbeitern, der Illegalisierung der Arbeiterstreiks, der Ausweisung von Gewerkschaftsführern, Arbeitern und Angestellten, ebenso wie von Führern und Intellektuellen der revolutionären sozialistischen Linken ist klar ausgerichtet auf die Schaffung einer durch das Militärregime autoritär und mittels der Repression kontrollierten Gewerkschaftszentrale. Nun wurde völlig klar, daß die Arbeiter es im ganzen Land ablehnten, sich der offiziellen Scheinzentrale anzuschließen, die von der Regierung ins Leben gerufen wurde und daß die Arbeiter während der Streiks in allen Städten die Lokale der korporativistischen Kontrollorganismen - insbesondere der SINAMOS - zerstörten. Diese repressive Politik begann schon im vergangenen Jahr, verschärfte sich zunehmend in diesem Jahr und führte zu zwei Arbeitermassakern innerhalb von sechs Monaten. Offensichtlich hat sie sich in eine systematische, offene Politik verwandelt, - eine der Konsequenzen des faschistischen Militärputsches in Chile, der dem Militärregime ein günstigeres Kräfteverhältnis für seine aktuelle Politik der Assoziierung mit dem internationalen Monopolkapital zu finden erlaubte. Angesichts der wachsenden Ablehnung dieser Politik durch die Arbeitermassen und der schnellen Entwicklung eines revolutio-

nären Bewußtseins in den wichtigsten Kernen des organisierten Proletariats haben die peruanischen Militärs beschlossen, auf die totale Offensive gegen die Arbeiter umzuschwenken.

In diesem Moment, in dem das Militärregime in Perú eine repressive Offensive gegen die Arbeiter durchführt, während sich gleichzeitig die imperialistische Investitionstätigkeit in diesem Lande erweitert und vervielfacht ist es unerläßlich, daß sich in Europa und der restlichen Welt ein sehr genaues Bewußtsein dessen entwickelt, was dies alles bedeutet und der Notwendigkeit den Kampf der peruanischen Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen, gleichermaßen, wie man für den chilenischen Widerstand arbeitet - denn die beiden Fälle sind in keinster Weise voneinander isoliert.

DIE LETZTEN EREIGNISSE IN PERU

Am 18. Nov. und in den darauf folgenden Tagen tauchten in der westdeutschen Presse Nachrichten über Streiks und Ausnahmezustand in den peruanischen Departments Arequipa, Puno und Cuzco auf. Den Ausgangspunkt dieser Streiks, die die Städte des südlichen Hochlands weitgehend paralyisierten, bildete der Streik der Lehrgewerkschaft (SUTEP), der die Freilassung von über 300 in den letzten Wochen verhafteten Gewerkschaftsführern und die Wiedereinstellung einer weit größeren Zahl von Lehrern, die von der Regierung im November wegen "Konterrevolution" entlassen worden waren, verlangte. Während sich Gewerkschaften der verschiedensten Art (Bergbauarbeiter, Konstruktionsarbeiter, Omnibus- und Taxifahrer, Kleinhändler etc.) dem Streik anschlossen, beeilte sich die regierungskonforme Führung der Gewerkschaftszentrale CGTP (abhängig von der moskaufreundlichen KP, die noch immer glaubt, mit den Militärs den Übergang zum Sozialismus schaffen zu können) mit der Verlautbarung, daß sie den "von einer Gruppe von Gewerkschaftsführern und Lehrern angekündigten Streik weder unterstütze, noch unterstützen werde, weil es sich um eine Bewegung mit politischem und subversivem Charakter handele, die mit unausgesprochenen Zielsetzungen das Chaos und die Unordnung schaffen wolle". Die konterrevolutionären Finsterlinge verschwiegen nicht vollends ihre Zielsetzung: Victor Manzur, der Generalsekretär der SUTEP, erklärte deren Vorstellungen während eines Interviews im Untergrund: "Die einzige Lösung ist eine demokratische Volksregierung, die die Ausbeutung abschafft. Das ist die allgemeine Lösung, die wir vor Augen haben." (Zitate nach OIGA, 16. Nov. 1973). In der Tat behindert die Haltung der CGTP das Entstehen eines landesweiten Streiks und damit auch jede Möglichkeit für den Erfolg der augenblicklichen Streikbewegung. Aber gerade die von den Basisorganisationen der Gewerkschaften ausgehende Solidarisierung mit der Lehrgewerkschaft, die zur Paralyisierung der Departments und zur dementsprechenden Repression mit Panzern und Maschinengewehren von Seiten der Regierung führte, zeigt, daß die autoritäre Verbalrevolution der Militärs und das mit ihnen auf lange Sicht planende Auslandskapital die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Argentinien: Frau Perón trifft sich mit chilenischen Faschisten

Nach Meldungen der argentinischen Wochenzeitschrift "El Economista" vom 16. November hat in Buenos Aires ein Treffen zwischen Führern der Junta Unificadora Nacionalista de Chile (Nationalistischer Einigungsbund Chiles) und der argentinischen Vizepräsidentin Frau Perón sowie einigen argentinischen Gewerkschaftsführern stattgefunden. Die Delegation der chilenischen Faschisten wurde von dem General im Ruhestand Alfredo Canales geleitet, der 1972 unter Allende wegen offen aufrührerischer Betätigung aus der Armee vorzeitig entlassen und wegen Verstoßes gegen das Gesetz der inneren Sicherheit des Staates unter Anklage gestellt worden war. Die Chilenen überreichten Frau Perón einen Kupferteller von etwa einem Meter Durchmesser mit der Inschrift: "Die Frauen von Chile der Sehr Exzellenten Vizepräsidentin der Republik Argentinien, Frau María Estela Martínez de Perón - 10. September 1810 - 11. September 1973 - als Zeugnis der Dankbarkeit für die von ihrem Volk empfangene generöse Hilfe anlässlich der dramatischen Ereignisse, die die Zweite Unabhängigkeit Chiles schufen." Nach einem weiteren Treffen mit dem Zweiten Sekretär der Peronistischen Bewegung und Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Lorenzo Miguel erklärte der General Canales: "Mit politischen Führern wie der Frau Perón und Gewerkschaftsführern wie Lorenzo Miguel kann das argentinische Volk sicher sein, daß es nicht in die Tragödie eines marxistischen Abenteuers fortgerissen wird, wie das in anderen Ländern Lateinamerikas zum Schmerz und Leid ihrer Völker geschehen ist."

Chile und Kuba

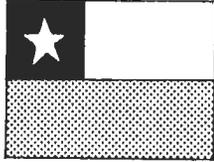
**Komitee
für wissenschaftliche
Zusammenarbeit
mit Kuba**

**Zentrale: Fakultät für Mathematik
48 Bielefeld
Postfach 8640
Konto : Commerzbank Hamburg
Kontonummer: 39/50045
Stichwort KOWIZUKU**

Das "Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba" besteht seit 1971 in der BRD und Westberlin und hat zur Zeit lokale Gruppen in 12 Städten. Seine Aufgabe besteht in der Beschaffung von Büchern und Geräten für wissenschaftliche Einrichtungen Kubas und in der Vermittlung von deutschen Gastforschern für kubanische Lehr- und Forschungsstätten auf Anfrage durch die kubanische Regierung.

Das Komitee will durch seine Arbeit daran mitwirken, die Befreiung der Völker Lateinamerikas aus Abhängigkeit und Armut zu erreichen. Deshalb setzt es sich für möglichst umfassende Hilfe beim Aufbau der Wissenschaft in Kuba ein, dem Land, in dem diese Befreiung so weit fortgeschritten ist wie nirgendwo sonst in Lateinamerika.

Obwohl sich seine Arbeit inhaltlich sehr von der Arbeit der Chile-Komitees unterscheidet, dient die Arbeit beider Komitees daher doch demselben Ziel. Das "Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba" möchte deshalb die enge Verbundenheit mit dem chilenischen Volk dadurch deutlich machen, daß es in den Chile-Nachrichten den folgenden Beitrag veröffentlicht.



ALIAS SELBSTLOSE, BEDINGUNGSLOSE SOLIDARITÄT MIT CHILE IST SICHER

Die Vorgänge in Chile haben die ausgebeuteten und unterdrückten Massen des Halbkontinents Lateinamerika, die immer deutlicher die Befreiung vom Imperialismus durch den Übergang zum Sozialismus fordern, erneut in den Blickpunkt der Welt gerückt. Chile hat ein weiteres Mal gezeigt, daß der Übergang zum Sozialismus der einzig mögliche Weg ist, daß es einen Ausweg aus Unterdrückung und Ausbeutung ohne vollständigen Übergang zum Sozialismus nicht gibt. Wenn wir heute, angesichts des blutigen Endes der chilenischen Anstrengungen auf diesem Weg, von Chile lernen wollen, dann müssen wir unsere Fragen auf ganz Lateinamerika ausdehnen und uns fragen:

1. Welche Mächte der Welt sind heute die absolut zuverlässigen, selbstlosen Bündnispartner für die lateinamerikanischen Arbeiter und Bauern, wo immer sie diesen Weg antreten wollen? Und
2. Wie können die sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte in der BRD zuverlässige, solidarische Hilfe leisten?

Ich komme zunächst zur ersten Frage. Als Vertreter des Komitees für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba möchte ich mich darauf beschränken zu zeigen, daß Kuba Chile nicht nur selbstlos unterstützt hat, sondern aus seinen Erfahrungen bei der Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft heraus die Unidad Popular immer wieder mit Rat und Tat unterstützt hat. Schon im Dezember 1971, vor nahezu 2 Jahren, hat Fidel Castro während seines Staatsbesuchs in Chile auf die Bedingungen des chilenischen Weges und die nächsten notwendigen Schritte hingewiesen. In seiner Rede im Stadion von Santiago sagte er vor den versammelten chilenischen Arbeitern:

"Ein einzigartiger Prozeß spielt sich in Chile ab. Etwas, das mehr ist als einzigartig: Unnormal! Unnormal! Es ist ein Veränderungsprozeß (...). Es ist ein einzigartiger Prozeß in der Menschheitsgeschichte: zu versuchen, einen revolutionären Prozeß mit legalen und verfassungsmäßigen Methoden durchzuführen, dabei genau die von der Gesellschaft oder dem reaktionären System eingeführten Gesetze zu benutzen, genau den Mechanismus, genau die Formen, die die Ausbeuter geschaffen haben, um ihre Klassenherrschaft zu erhalten. (...)
"Nun gut; die Frage, die sich (...) ganz offensichtlich stellt, ist, ob das historische Gesetz des Widerstandes und der Gewalttätigkeit der Ausbeuter sich erfüllt oder nicht. Denn wir haben gesagt, daß es

in der Geschichte keinen Fall gibt, in dem die Reaktionsäre, die Ausbeuter, die privilegierten Mitglieder eines Gesellschaftssystems sich einer Änderung ergeben, sich Änderungen friedlich ergeben. (...)
"Das wirft eine Frage auf: Wer wird mehr und schneller lernen? Wer wird schneller mehr Bewußtsein entwickeln? Die Ausbeuter oder die Ausbeuteten? Wer wird aus den Lektionen dieses Prozesses schneller lernen? Das Volk oder die Feinde des Volkes?"

Zwischenrufe: "Das Volk!"

"Seid ihr absolut sicher, ihr, die Hauptpersonen dieses Dramas, das von eurem Land geschrieben worden ist, seid ihr vollkommen sicher, daß ihr mehr gelernt habt als die Ausbeuter?"

Zwischenrufe: "Ja!"

"Dann erlaubt mir zu sagen, daß ich darin nicht einer Meinung bin - wohl mit dem Präsidenten, nicht aber mit den Massen.

"Jorgen wird in irgendeiner Zeitung irgendwo in der Welt eine Schlagzeile lauten: "Castro stimmt mit den Massen nicht überein." Wir stimmen in einem Aspekt der Einschätzung der Situation nicht überein. In dieser Art Dialog über wissenschaftliche und historische Dinge können wir sagen, daß wir nicht vollständig sicher sind, daß in diesem einzigartigen Prozeß das Volk, das einfache Volk - das die Mehrheit der Bevölkerung darstellt - schneller gelernt hat als die Reaktionsäre, als die alten Ausbeuter (...).

"Wenn es euch nicht stört, daß wir offen sprechen... wir haben gesagt, daß wir unendlich lügen können. Ihr müßt uns irren, wir müssen über bestimmte Dinge den falschen Eindruck erhalten, aber wir werden niemals etwas sagen, das wir nicht glauben. Und wir glauben ernsthaft, daß der Feind, die Reaktionsäre, viel schneller gelernt haben als die Massen (...).

"Ihr geht durch eine Periode, die in der Sache des Klassenkampfes eine sehr spezielle, wenn auch keine neue ist. Es gibt davon unzählige Beispiele. Ihr geht durch jene Periode des Prozesses, in der die Faschisten - um sie bei ihrem richtigen Namen zu nennen - versuchen, euch (...) aus der Mittelschicht der Bevölkerung herauszuschlagen. In jedem revolutionären Prozeß gibt es einen bestimmten Moment, in dem Faschisten und Reaktionsäre in einen Kampf um die Unterstützung durch die Mittelschicht eintreten. (...)

"Wenn ihr meine Meinung wählt, dann werden Erfolg oder Niederlage dieses ungewöhnlichen Prozesses von der ideologischen Schlacht und dem Massenkampf abhängen. Sie werden ebenfalls abhängen von der Fähigkeit der Revolutionäre, an Zahl zu wachsen, sich zu vereinen und über die Mittelschicht der Bevölkerung zu siegen." (Zitiert nach Gramma, Wochenausgabe vom 19. 12. 1971).

Diese 1971 vor den Arbeitern Santiagos und ihren Führern ausgesprochenen Worte betonen die Notwendigkeit der Massenmobilisierung, der ideologischen wie der physischen. Daß Castro darunter nicht nur die Parole der Unidad Popular von der "Produktionsschlacht" verstand, verdeutlichte er durch den Hinweis, daß in Kuba in weniger als 24 Stunden 500 000 Kubaner zur Verteidigung des Sozialismus bereitstehen würden.

Kein anderes Land, keine andere Partei hat auf die noch zu lösenden Aufgaben Chiles so klar und so frühzeitig hingewiesen und gleichzeitig versucht, bei der Lösung aktiv zu helfen. Neben den Hinweisen auf die Begrenztheit bürgerlicher Legalität und die Notwendigkeit der Mobilisierung der Massen - Castro nennt in seiner Rede Mobilisierung auf ideologischem Gebiet, auf wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet des bewaffneten Kampfes - hat Kuba sich vor allem dafür eingesetzt, Teile des chilenischen Militärs auf die andere Seite zu ziehen: General Prats war zu öffentlichen Anlässen und zu Manövern Gast in

"Die Mengen an Zucker, die wir an Chile verkaufen, und die Chile zur Zeit kaufen kann, reichen ihm nicht aus (...). Wir werden nicht mit verschränkten Armen sitzen bleiben, und deshalb schlagen wir vor, daß jeder Bürger, der das Recht auf 4 Pfund Zucker hat, auf ein halbes Pfund verzichtet, um es dem chilenischen Volk zu schicken, und daß jeder Bürger, der das Recht auf 5 oder 6 Pfund hat, auf ein Pfund pro Monat verzichtet (...). Diese Mengen werden etwa 40 000 Tonnen Zucker entsprechen, die wir kostenlos dem chilenischen Volk schicken werden." (Zitiert nach Gramma, Wochenausgabe vom 24. 12. 1972).

Daraus wird klar, daß jedes lateinamerikanische Land, das den einzigen gangbaren Weg aus Unterdrückung, Ausbeutung und Abhängigkeit, den Weg des Sozialismus einschlagen will, in seinem Halbkontinent zuerst und unter allen Umständen auf die ungelobte, selbstlose Hilfe des kubanischen Volkes und seiner Regierung rechnen kann. Und gerade die Kräfte, die jetzt in Chile den Widerstand organisieren und sich im "Nationalen Rat des Widerstands" auf einen langdauernden Kampf gegen die faschistische Junta vorbereiten, gerade diese Kräfte können der uneingeschränkten kubanischen Unterstützung sicher sein.

Die andere Frage, die noch beantwortet werden muß, war: Was bedeutet Solidarität der sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte der Welt mit den Völkern Lateinamerikas, die durch den Sozialismus ihre Befreiung vom Imperialismus erreichen wollen? Sie bedeutet ständige, ehrlich und opfer bringende Hilfe für diejenigen Organisationen, die auf den einzigen möglichen Weg voranschreiten. Deshalb unterstützt das Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba seit Jahren durch ständige Spenden von Büchern, Geräten und Material den Aufbau und Fortschritt der Wissenschaftler Kubas, des zuverlässigen Bündnispartners der lateinamerikanischen Arbeiter und Bauern; und deshalb unterstützt es heute alle Aufreife, den Widerstands-Organisationen Chiles durch wirkliche Opfer in ihrem Kampf gegen die Diktatur der Reaktion beizustehen, Spenden zu leisten für die Organisationen, die heute aktiv den Widerstand der chilenischen Arbeiter und Bauern gegen die faschistischen Offiziere organisieren. Solidarität mit Chile, das heißt: Spenden für die Niederwerfung der chilenischen Ausbeuter und für den Sieg der chilenischen Arbeiterklasse!

Kuba, die Generäle und Offiziere Rojas, Araya, Sánchez und Padilla nahmen an Manövern der Revolutionären Kubanischen Streitkräfte als Beobachter teil. Die Hoffnung, die Kuba damit verband, scheint sich allerdings nicht erfüllt zu haben. Zwar hat keiner der genannten Offiziere während an Putsch teilgenommen; aber das Ausbleiben von Kämpfen zwischen verschiedenen Truppenteilen dokumentiert das Versagen dieser als fortschrittlich angesehenen Militärs.

Entscheidende Hilfe hat Chile nicht nur durch Regierung und Partei Kuba erhalten; in den Zeiten schwerster wirtschaftlicher Sabotage hat das gesamte kubanische Volk selbstlose Hilfe geleistet. Im Dezember 1972, während des Staatsbesuche von Allende in Kuba, erklärte Castro diese Hilfe während einer Massenversammlung der Solidarität mit Chile:

"Was uns betrifft, Kubaner, werden wir nicht mit verschränkten Armen dabei sitzen. Wir leben in einem armen Land, mit unterentwickelter Wirtschaft. Unser Hauptexportgut ist Zucker. Eine halbe Million Menschen, der größte Teil unserer männlichen Arbeitskraft, müssen ihre Energie dieser Arbeit widmen (...). Der Imperialismus zwingt uns auch, enorme Mittel für die Verteidigung des Landes bereitzustellen (...). Unter den von uns eingegangenen Verträgen und unseren Verpflichtungen können wir praktisch über kein einziges Gramm Zucker aus den für den Export bestimmten Mengen verfügen.

"In unserem Land müssen wir, um etwas zu geben, es uns selbst wegnehmen. Obwohl wir der erste Zuckerexporteur sind, ist dieses Produkt in unserem Land rationiert: Ein Teil der Bevölkerung hat das Recht auf 4 Pfund pro Monat, insbesondere in den städtischen Gebieten der westlichen Zonen, und ein anderer Teil der Bevölkerung, der der ländlichen Zonen, hat das Recht auf 5 oder 6 Pfund. Unser Konsum ist

BERUFSVERBÄNDE - Bausteine des Ständestaates

Die folgende Information über die wichtigsten Interessenverbände, die gegenwärtig in Chile existieren, war ursprünglich als Hintergrundmaterial für eine chilenische Aufklärungskommission gedacht, die alle westlichen Länder bereisen sollte. Diese Mission ist inzwischen völlig verändert worden. Vilarín ist der einzige, der ihr noch angehört. Dennoch scheint es uns interessant, das hier vorliegende Material zu übermitteln, zumal einerseits die genannten Personen in anderen Funktionen wieder auftauchen, andererseits aber das vorliegende Material einen sehr guten Einblick in Struktur und Organisation dieser reaktionären Verbände gibt, die für die Wirtschaftspolitik der Junta die tragende Kraft darstellen.

Die Bereitschaft des unternehmerischen und freiberuflichen Sektors, so schnell und entschieden mit der chilenischen Militärjunta zu kooperieren, verweist darauf, daß in Zukunft ein Triumvirat die Herrschaft ausüben wird. Vereinheitlichung des Militärs, der Unternehmer und der Technokraten ist die Formel, die bereits von der repressiven brasilianischen Militärregierung angewendet wird. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Brasilien ein Modell für die chilenische Rechte und die "Gorilas" darstellt; einer der wichtigsten "good will ambassadors" - Orlando Sáenz, der Führer des größten Industrieverbandes - hat öffentlich seine Freundschaft zu Roberto Campos und seine Bewunderung für den Architekten des brasilianischen Modells ausgedrückt, der unmittelbar nach dem Militärputsch von 1964 in Brasilien das Wirtschaftsministerium übernahm. In einer Erklärung vom März 1973 hob Sáenz die Effektivität des brasilianischen Modells hervor, wobei er die Foltermethoden und die anderen repressiven Taktiken als unvermeidbar entschuldigte. Indem er die Notwendigkeit der Erreichung hoher Wachstumsraten betonte, stellte er die Konzentration des Reichtums und die zunehmende Verarmung des Volkes als gleichermaßen gerechtfertigt gegenüber.

In den Worten eines zweiten "good will ambassadors", Manuel Valdés: "Die Massen (in Chile) müssen zunächst mehr Schmerz, Hunger und Elend erdulden, bevor sie die Notwendigkeit einer intelligenten Elite verstehen, die ihr Leben zu kontrollieren hat."

ACHT EMINENTE CHILENEN

Jorge Fontaine: Konföderation für Produktion und Handel (Confederación de la producción y el Comercio)

Orlando Sáenz: Gesellschaft der verarbeitenden Industrie (Sociedad de Fomento Fabril: SOFOFA)

Manuel Valdés: Nationale Gesellschaft für die Landwirtschaft (Sociedad Nacional de Agricultura : SNA)

Hugo León: Bauwirtschaftskammer (Cámara de Construcción)

Jorge Martínez: Handelskammer (Cámara de Comercio)

Ignacio Basterrica: }
Leon Vilarín: } Zentrale Konföderation der Arbeit (Confederación Unica de Trabajo)

Julio Bazán: Einheitskonföderation der chilenischen Berufsverbände (Confederación Unica de Profesionales de Chile: CUPROCH)

Die Konföderation für Produktion und Handel faßt die SOFOFA, die SNA, die Handelskammer und die Bauwirtschaftskammer zusammen. CUPROCH wurde als Front für die rechte Opposition gegründet, und die zentrale Konföderation der Arbeit wurde nach dem Putsch gegründet.

All diese Gruppen und Individuen kamen im Oktober 1972 zusammen, um die Organisation der "Comando Nacional de Defensa Gremial", des Nationalen Kommandos der Verteidigung der Berufsverbände, zu bilden, die für sich beanspruchte, für die freien Gewerkschafter und die oppositionellen Arbeiter ganz Chiles zu sprechen. Nichtsdestoweniger wurden alle Entscheidungen von den ersten sechs Leuten getroffen, die die unternehmerische Elite repräsentierten. Die Koordination dieses Kommandos mit anderen rechten Kräften lag hauptsächlich in den Händen von Jorge Fontaine und Orlando Sáenz, die an der Spitze der mächtigsten ökonomischen Interessen des Landes standen.

Politische und ökonomische Verflechtungen

Über ein Jahrhundert lang hatte sich die herrschende chilenische Klasse durch hohe Machtkonzentration und Verflechtung ausgezeichnet.

Die hauptsächlichsten Führer der Industrie, der Landwirtschaft, des Bergbaus, des Handels, von Banken und Finanz sind durch enge ökonomische, politische, soziale, kulturelle und familiäre Bande miteinander verbunden.

Von den wichtigsten Funktionären der Nationalen Gesellschaft für die Landwirtschaft (SNA) waren zwischen 1830 und 1930 30% Senatoren, 70% Kongressabgeordnete und 60% hatten entweder Kabinettsposten oder andere wichtige Regierungsämter inne. 30% der Mitglieder waren Bankdirektoren. Verschiedene Mitglieder der SNA waren Universitätsdirektoren und Direktoren wichtiger Zeitungen.

Eine kleine Zahl von Familienclans dominierte Chile über Jahre hinweg. Mit die wichtigste ist die Edwards-Familie. Die Edwards-Bank ist seit 1850 stark mit ausländischem Kapital verbunden. Über Generationen waren die Edwards Mitglieder in der SNA, sie besitzen riesige Landgüter. Die Mercurio-Zeitungskette befindet sich in ihrem Besitz. 1955 kontrollierte diese Familie über 20% des nationalen Gesellschaftskapitals. Als Allende die Regierung übernahm, floh "Dunny" Edwards in die Vereinigten Staaten, wo er gegenwärtig der Vize-Präsident von Pepsi-Cola ist. Von seinem Haus in Connecticut aus hielt er regelmäßige Verbindung mit den Führern der Rechten und übte von dort aus weiterhin seinen Einfluß über die SOFOFA und ähnliche Organisationen aus.

Jorge Alessandri, Präsident vor Frei, ist einer der Direktoren der SOFOFA und seine Familie kontrolliert die Banco Sud Americano und verschiedene Versicherungsgesellschaften. Seine Familie hat enge Verbindungen zu Arturo Matte, der an der ITT-Verschöpfung gegen Allende beteiligt war.

1940 wurden 75% der landwirtschaftsbezogenen Industrie von den Direktoren der SNA, der SOFOFA und durch Banken kontrolliert.

Die Monopole der Bauwirtschaft werden in der Führung durch 70% der Banken, speziell der Spar- und Darlehenskassen, repräsentiert.

Ein kurzer Überblick über diese Organisationen und diese Individuen sollte jegliche Illusionen darüber zerstreuen, daß sie für die Mehrheit des chilenischen Volkes sprechen.

Konföderation für Produktion und Handel: Dies ist die mächtigste Gruppierung von ökonomischer und politischer Macht in Chile. Als eine Dachorganisation umfaßt sie die fünf größten industriellen und kommerziellen Vereinigungen im Lande, die wiederum alle Eigentümer an Produktionsmitteln und Distributionseinrichtungen umfaßt. Aufgrund ihrer internen Struktur - was die Zusammensetzung der Leitungsgremien und die Abstimmungsprozeduren betrifft - ist die Macht innerhalb dieser Konföderation in den Händen einiger weniger extrem reicher Familien und Finanzgruppen konzentriert. Annähernd 5/ % der Führungsspitze, die für alle Entscheidungen einschließlich der Wahl des Präsidenten verantwortlich ist, wird durch ehemalige Präsidenten repräsentiert. Jorge Fontaine ist gegenwärtig Präsident. Er gehört einer der ältesten und reichsten Oligarchien an und repräsentiert nach Ansicht andere Verbands-Führer die extreme Rechte. In den dreißiger Jahren trat er öffentlich für die faschistische Bewegung auf. Von den acht genannten tritt er jedoch am wenigsten öffentlich auf.

Gesellschaft für verarbeitende Industrie (SOFOFA)

Diese Vereinigung umfaßt alle großen, etablierten Industrien, wobei jede durch ihren Präsidenten oder durch ein Mitglied des Aufsichtsrats repräsentiert wird. Sie wurde 1883 gegründet, und von Anfang an kamen all ihre Exekutivdirektoren aus den wichtigsten Familien und Finanzgruppen. Der erste Präsident war Agustin Edwards Ross, dessen Familienreichtum und -macht bis in die Gegenwart anhält. Der erste Vize-Präsident, Antonio Subercaseaux, war gleichzeitig mehrere Male Schatzminister, Abgeordneter und mehrere Male Senator, Mitglied des Direktoriums der Zentralbank.

Über eine interne Struktur, die derjenigen der Konföderation entspricht, bleibt die Entscheidung innerhalb der SOFOFA auf eine kleine Gruppe beschränkt. Zwischen 1930 und 1965 z.B. bestand über jeweils eine 10-Jahresperiode der Kern des Führungsgremiums zu 64% aus den gleichen Leuten; und diese Gruppe bestimmte jeweils den Präsidenten.

Orlando Sáenz: Sáenz ist für die chilenische Öffentlichkeit ein ziemlich neues Gesicht, doch wahrscheinlich der Schlüsselfaktor für die Ereignisse, die in dem blutigen Coup vom 11. September kulminierten. In der Zeit vor der UP Regierung war er Manager einer Industrie in Concepción (Maestranza-Cerrillos). Nicht älter als 37 Jahre, gelang es ihm, eine der wichtigsten Positionen in Chile in Rekord-Zeit zu erreichen und enge Freundschaft zu einigen der wichtigsten Leute in Lateinamerika zu schließen. Neben Roberto Campos ist er mit dem argentinischen Ex-Wirtschaftsminister Alsogaray befreundet. Zu seinen einflußreichsten Freunden in Chile gehören Agustin Edwards ebenso wie Eduardo Frei. 1970 kandidierte er für die Präsidentschaft einer Vereinigung der metallurgischen Industrie, verlor aber die Wahl. Kurz darauf jedoch (Februar 1971) wurde ein Posten frei, und er wurde vom Direktorium kooptiert. Im darauf folgenden Monat wurde er aufgefordert, den Präsidenten der SOFOFA selbst zu ersetzen. Die Fortschritte, die die Regierung der Volkseinheit gemacht hatte erforderten ehe besonders talentierte und harte Persönlichkeit. Sáenz wurde fast über Nacht einer der mächtigsten Männer in Chile.

Gemäß anderen Verbands-Führern war er der Kopf hinter der ganzen Angelegenheit. Er reiste ununterbrochen ins Ausland zu dringenden Treffen - zwischen Januar und Juli 1973 dreimal in die USA, und konferierte noch am 23. Juli dort. Da er mehrere Sprachen einschließlich Englisch spricht, diente er als Kontaktmann zur Botschaft der USA in Santiago. Im März 1973 beauftragte General Prats, damals Innenminister, Sáenz damit, den Einfluß der USA auf die Zukunft Chiles zu eruieren. So wie Prats es sah, bestanden die Alternativen: entweder demokratisches Entgegenkommen oder militärische Intervention. Für Sáenz war die Aufgabe einfach, da er lange Zeit heimlich mit US-"Personal" in Chile kommunizierte. Nach Berichten, die in Chile im Mai 1973 veröffentlicht wurden, vertraute der amerikanische Botschafter Davis darauf, daß Sáenz ihm Informationen übermittelte und zugleich In-formationen weitergab. Öffentlich präsentierte er sich als unabhängiger Christdemokrat, aber wie spätere Ereignisse aufdeckten, war er geheimer Anführer der nationalen syndikalistischen Gruppe "Patria y Libertad" (der faschistischen paramilitärischen Gruppe, die für den versuchten COUP am 29. Juni verantwortlich war). Seine ebenfalls bekundete Bewunderung für das brasilianische Modell ist nur eine Erweiterung seiner sonstigen politischen Ansichten. Sáenz ist ebenfalls ein großer Bewunderer von Henry Kissinger.

Nationale Gesellschaft für die Landwirtschaft (SNA): Gegründet 1838, ist sie die älteste Organisation dieses Typs. Bis heute waren ihre Mitglieder ausschließlich Großgrundbesitzer, die älteste Oligarchie und die reichsten herrschenden Familien. Jetzt läßt die Gesellschaft auch Berufssparten und entsprechende Organisationen zu, obwohl auf Grund der inneren Struktur der SNA die Macht niemals umverteilt wurde. Mit Ausnahme der UP-gierung war vom frühen 19. Jahrhundert bis jetzt der Landwirtschaftsminister stets Mitglied, oft ehemaliger Präsident, dieser hervorragenden Gesellschaft. In ihren Gründungstagen lehnte diese Gesellschaft jede Lohnerhöhung mit dem Argument ab, daß sie schädlich sowohl für "die Kapitalinteressen wie auch für die Arbeiter" sei; sie forderte ihre Mitglieder dazu auf, alle Regierungsfunktionäre mit der äußersten Sorgfalt auszuwählen.

Die SNA war die hauptsächliche Interessenvertreterin gegen jede Agrarreformgesetzgebung, gegen jede Gesetzgebung, die die Organisation der Landarbeiter erlaubte oder gegen jede Regulierung der Preise landwirtschaftlicher Produkte. Als schließlich 1965 ein Gesetz durchgebracht wurde, das die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter erlaubte, drängte die SNA darauf, eine Vereinigung der Produzenten zu bilden, bevor überhaupt eine Landarbeitergewerkschaft zustandekommen konnte.

Im Juni 1967 wurde die Konföderation der Verbände der landwirtschaftlichen Arbeitgeber (COSEMACH: Eine Produzentenvereinigung) gegründet, um gegen das Agrarreformgesetz, das unter der Frei-Regierung erlassen wurde, vorzugehen. Dies ist eine besonders bedeutende Organisation wegen der reaktionären Interessen, die sie schützt, und weil sie die erste Gruppe darstellt, die gegründet wurde, um den militanten Kampf, der zum Coup vom 11. September führte, vorzubereiten. Diese Organisation datiert aus der Zeit vor der Allende-Regierung und stellt das Modell für die annähernd 50 solcher Konföderationen dar, die zwischen 1971 und 1973 gegründet wurden, um für den Sturz der UP zu arbeiten. Eine wichtige Person in der Gründungsgeschichte dieser Organisation war

William Thayer, damals Arbeitsminister in Chile und Mitglied des Direktoriums der AIFLD.

COSEMACH wurde als Antwort der Produzenten auf die Bildung von Gewerkschaften der Landarbeiter gegründet, übernahm jedoch schnell die Rolle, die Agrarreformmaßnahmen der Frei-Regierung zu blockieren. Im April 1968 wurden mit Unterstützung der Traktorenbesitzer Straßenblockaden errichtet, um die weitere Enteignung von Grundbesitz zu verhindern. Die Strategie der Produzenten entwickelte sich später zu der Strategie der gesamten Rechten, indem sie die reaktionären Kräfte vereinigt und Schlüsselsektoren der Wirtschaft, besonders die landwirtschaftliche Produktion und den Transport lahmlegt. Die eingeschränkte Natur der Freischen Reformmaßnahmen, die nur die größten Großgrundbesitzer betraf, drängte die SNA und COSEMACH in die extreme Rechte. Gezwungen, eine kleine Minderheit der Landbesitzer zu repräsentieren, dienen beide Organisationen als der politische Arm der allereinstimmigsten Minorität Chiles.

Von 1969 bis April 1973 war Benjamín Matte, einer der größten Landbesitzer Chiles, Präsident der SNA; seine Besitzungen wurden enteignet. Gemäß der Politik des früheren Präsidenten hält sich die Gesellschaft weiterhin zu den politischen Parteien, sogar zu der traditionell konservativen PN (Nationale Partei), in Distanz. Die Gesellschaft betrachtet sich selbst als Teil der Verbände-Bewegung. Matte wurde 1965 Mitglied dieser Organisation, gerade zu Beginn der Verhandlungen über die Frei'sche Agrarreformgesetzgebung. Mit ähnlicher persönlicher Geschichte wie Sáenz stieg Matte schnell innerhalb der SNA auf. 1967 wurde er zum ersten Vizepräsidenten gewählt und wurde zwei Jahre später Präsident. Seine Rolle innerhalb der Rechten ist von außerordentlicher Bedeutung. Matte ist Mitglied der Führung von Patria y Libertad und gehörte zu denen, die diese Organisation am stärksten finanziell unterstützten. Bis zu dem Tag,

an dem er aus der SNA austritt (April 1973), gibt er seine Zugehörigkeit zu ihr nicht zu, obwohl diese für niemanden ein Geheimnis war. Matte besaß und kontrollierte ebenfalls den größten und wichtigsten Radiosender der zentralen und südlichen ländlichen Provinzen - Radio Agriculture - . (Er sendet ebenfalls in städtischen Zentren.) Diese Station brachte Programme für Patria y Libertad, geheime Botschaften und Codes, die zur Koordination der paramilitärischen Aktivitäten benutzt wurden und zugleich ein Verband für Finanzierungsaktivitäten und für die Kommunikation auf Landesebene darstellten. Matte verdächtigt alle politischen Parteien, wobei er jeweils die Notwendigkeit absoluter Hierarchie, Autorität und die eines nationalen syndikalistischen Staates betont. Er benutzte die offiziellen SNA-Gebäude für Treffen, auf denen der Sturz Allendes geplant wurde: General Canales, der aus der Armee ausgestoßen wurde, weil er offen gegen die Regierung eine Verschwörung angezettelt hatte, gehörte zu der großen Zahl von Offizieren, die an diesen Treffen teilnahmen.

Matte und ein Vizepräsident der SNA, der seine politischen Ansichten teilte, sprachen offen darüber, den Kommunismus auszumerzen, indem alle ausländischen Flüchtlinge des Landes und alle Mitglieder der Kommunistischen Partei (über 20.000 Mitglieder) getötet werden sollten. Sie repräsentieren die extreme Rechte, die von Anfang an für einen direkten Putsch eintraten und die Manöver der Christdemokraten und Nationalen heunruhigt beobachteten. Am 29. Juni wurde Matte als einer der fünf Putschisten aufgedeckt, die für den versuchten Coup verantwortlich waren; er suchte Asyl in der ecuadorianischen Botschaft.

Manuel Valdés: Der Verantwortliche dieser Strategie dieser eminenten Gesellschaft, Manuel Valdés, ist tatsächlich der Gründer und Präsident des Produzentenverbandes DISERACH. Er ist verantwortlich für die Organisation der ersten Straßenblockade und des Streiks der Produzenten und Traktorenbesitzer im Jahre 1968. Seine Familie Valdés y Valdés, erhielt ihren Grundbesitz durch eine Schenkung des Königs von Spanien Anfang des 17. Jahrhunderts. Er ist ein Reaktionsär, der sein ganzes Leben dem Schutz der chilenischen Landoligarchie gewidmet hat. Er selbst ist Rechtsanwalt und besaß große landwirtschaftliche Güter. Seine Familie wurde kürzlich enteignet. Er arbeitete kontinuierlich für die Großgrundbesitzer und die Besitzer mittlerer Landgüter in den Provinzen und war die wichtigste Propagandafigur für das Nationale Kommando für die Verteidigung der Verbands-Interessen.

Im Jahre 1969 leitete er spezielle Kurse an, mit denen er Produzenten ausbildete, eine antimarxistische Offensive, wie er es nannte, zu führen. In einer Erklärung vom Februar 1973 äußerte er sich über die Vorbildlichkeit des faschistischen Widerstandes in der Festung Alcázar in Segovia. Allgemein betrachtet er sich als Verteidiger der westlichen Kultur und Zivilisation in Chile.

Bauwirtschaftskammer: Diese Vereinigung ist relativ neu, sie wurde 1961 gegründet. Die Mitgliedschaft ist in der Weise beschränkt, daß nur die größten Baufirmen aufgenommen werden können. Die Abstimmung ist entsprechend der Größe der Firmen gewichtet, viele Direktoren kommen aus der gleichen Firma. Wegen der Besonderheiten der Bauwirtschaft - der Möglichkeit, überhöhte Kosten in den Verträgen aufzuführen, und der Tatsache, daß 75% der Baufinanzierung über den öffentlichen Sektor lief - war der Druck, sich innerhalb der großen Firmen zu organisieren, nicht sehr stark. Die Kammer war der letzte Verband, der der Konföderation für Produktion und Handel beitrug. Bis zur Machtübernahme durch die UP-Regierung war die Kammer für die Formulierung des nationalen Wohnbauprogramms verantwortlich, mit dem Ergebnis, daß zwischen 1966 und 1968 zum Beispiel doppelt soviel Wohnhäuser in den Bezirken der höheren Klassen erstellt wurden, die nur 23% der Bevölkerung umfaßten, wie in allen anderen Gebieten.

Während der vier Jahre dienten verschiedene Mitglieder der Kammer als Minister für öffentliche Arbeiten, als Innenminister, Wohnungsbauminister, als Direktoren verschiedener Entwicklungsagenturen der Regierung bzw. als Abgeordnete oder Senatoren im Kongreß. Sie stimmten entschieden gegen jede Gesetzgebung, mit der billige Wohnungsbauprogramme durchgesetzt werden sollten. Zusätzlich haben die Mitglieder des Aufsichtsrats der Baufirmen ein bedeutendes Interesse an Spar- und Darlehensvereinigungen, die die Bauprogramme finanzieren und versichern. Zu Beginn der Amtsübernahme der UP initiierte die Kammer einen Plan systematischer Sabotage, viele Gesellschaften stoppten einfach ihre Produktion, setzten Tausende von Arbeitern auf die Straße, während andere sich weigerten, billige Wohnhäuser zu bauen. Während des Oktoberstreiks boten Firmen, die noch nicht interveniert waren, den Bauarbeitern den doppelten Lohn dafür, nicht zu arbeiten.

Hugo León: Wie die anderen Verbandführer wurde er Präsident, nachdem Allende gewählt worden war. Er ist ein altes Mitglied der Nationalpartei und stammt aus einer extrem reichen und wichtigen Familie. Sein Privatflugzeug stellte er all den Führern der Rechten zur Verfügung. León gehörte zur zweiten Garnitur des inneren Zirkels um Fontaine und Sáenz und hatte genaue Kenntnis über die Strategie der militärischen Intervention. Im Januar 1973 äußerte sich León, daß nicht sehr lange "nach den Wahlen (im März) von uns alle Kräfte für einen enormen Streik zusammengefaßt werden, wobei wir nicht aufgeben werden, bevor die Streitkräfte einschreiten und Allende am Ende ist. Wir haben nicht vor, diese marxistische Regierung weiterhin zu tolerieren."

Handelskammer: Dieser Verband gehört ebenfalls zu der Konföderation für Produktion und Handel. All die großen Distributionsgesellschaften und kommerziellen Händler sind in ihm repräsentiert. Obwohl diese Gruppe eine entscheidende Rolle in der Streikoffensive der Rechten spielte, ist die Handelskammer von geringerer Bedeutung und Macht als die SCHFA, die SA und die Gesamtkonföderation. Nichtsdestoweniger nahmen die Mitglieder dieses Verbandes in den Schwarzmarktaktivitäten und in Bezug auf das ökonomische Chaos, das die Rechte organisierte, eine führende Rolle ein, da sie tatsächlich annähernd 70% aller Großhandelsaktivitäten kontrollierten. Viele Aktionen der Anhänger der UP waren gegen sein hauptsächliches Verteilungszentrum, die CEADI, gerichtet.

Zentrale Konföderation der Arbeit: Diese Organisation existierte noch nicht, bevor das Militär noch immer unbekannt: Zahlen von Arbeitern einschloßte, die der UP angehörten, einer Organisation mit den gleichen Initialen - die die bestorganisierte und politisch bewußteste Arbeitergewerkschaft in Lateinamerika war. Die Rechte in Chile versuchte über Jahre, die CUT zu vernichten, und gemäß einer Äußerung von US-Offiziellen der AFLD (American Institute for Free Labor Development) ging sie von dieser Absicht aus, indem sie große Geldsummen zur Verfügung stellte und Tausende chilenischer Arbeiter auf dieses Ziel hin ausbildete. Diese neue Konföderation ist keine Arbeitergewerkschaft, sondern vielmehr eine Vereinigung, die von Unternehmern angeführt wird und für Arbeiter und Unternehmer "gleichmaßen" offen ist. Sie wurde vom Militär und vom Nationalen Kommando zur Verteidigung der Verbände gemeinsam gegründet und stellt nichts als eine Fassade dar.

León Vilarín: Dieser Mann repräsentierte in der Öffentlichkeit die radikaleren Kräfte in Chile seit Beginn des Oktoberstreiks. Als Präsident dieser faktisch nicht bestehenden Konföderation und ebenfalls als Präsident des Nationalen Kommandos zur Verteidigung der Verbände bezeichnet (in beiden Fällen wurde er von sechs anderen Berufsverbandsführern gewählt), ist Vilarín in Wirklichkeit Präsident der Vereinigung der Lastwagenbesitzer Chiles, der Gruppe, die die Streikaktivitäten auslöste. Trotz der Tatsache, daß Vilarín selbst keinen Lastwagen besitzt, wurde er auf diesen Posten bereits im Jahre 1968 gewählt. Dieser Lastwagenbesitzerverband, der der Weltöffentlichkeit durch die Presse als Verband der Lastwagenfahrer vorgestellt wurde, kontrolliert 25.000 der ca. 52.000 Lastwagen in Chile. Die meisten Lastwagenbesitzer sind Kleinunternehmer, während acht große Firmen den Markt monopolisieren. Die Unterstützung der Mehrheit der Lastwagenbesitzer wurde größtenteils durch ökonomische Erpressung erzielt, da die Arbeitsverträge im allgemeinen über die großen Firmen laufen, die selbst wiederum die kleineren Unternehmer anheuern. Diejenigen, die nicht bereit waren zu kooperieren, brachten sich damit um die Möglichkeit, zukünftig beschäftigt zu werden, bzw. Reifen und Ersatzteile zu bekommen. Darüberhinaus wurde im Oktober 1972 berichtet, daß 200 Millionen US-Dollar (in Devisen) ins Land kamen, die dazu benutzt werden sollten, den Streik zu unterstützen (der Wert des Dollar fiel auf Grund dieses plötzlichen Zuflusses um 30%). Trotz der Behauptung des Verbandes, daß er kein Geld mehr habe, erhielten die Lastwagenbesitzer über 400 Escudos (10 Dollar) täglich, damit sie auf eine unbeschränkte Zeit hin nicht arbeiten sollten.

Vilarín leitete den Verband annähernd selbständig und nur ein kleiner Teil der Direktoren war sich dessen bewußt, in welcher Form der Verband zur Unterstützung der Offensive der Rechten benutzt wurde. Nach der Darstellung des Rechtsanwalts des Verbandes (Juan Manríquez) wurde erst nach Ablauf der ersten Hälfte des Streiks klar, daß die Forderungen der Lastwagenbesitzer nach Ersatzteilen und Reifen nichts mit dem Streik selbst zu tun hatten und trotz des Protests der kleineren Besitzer der Streik weitergeführt werden sollte. Die einzige Person, die die meisten der Aktivitäten Vilaríns kannte und von seiner Verbindung zum zentralen

Unternehmerverband wollte, war Jorge Alvarez, Mitglied von Patria y Libertad, Ex-Mitglied der SIA, entschiedener Antikommunist, der jegliches Mittel für berechtigt hielt, um die UP-Regierung zu stürzen, und das es ihm erlaubte, "eine große Zahl von Kommunisten zu töten" (Erklärung nach den März-Manen).

Konföderation der chilenischen Berufsverbände CUPROCH: Diese Organisation wurde im Mai 1971 gegründet, um gegen die Politik der UP-Regierung vorzugehen. Mit Ausnahme des Verbandes der landwirtschaftlichen Produzenten war sie eine der ersten Organisationen, die die Strategie des Klassenkampfes der Rechten entwickelte. Ihr Hauptbestandteil und ihre vorantreibende Kraft war der Nationale Verband der Produktionsleiter der Kupferminen, der eine Arbeitsunterbrechung in den Kupferminen gegen die Nationalisierung plante und die Unterstützung gleichgesinnter Technokraten suchte. Die Mitglieder dieses Verbandes sind nach Arbeitsplätzen organisiert, nicht nach Berufsparten, was Arbeitsunterbrechungen und ähnliche Sabotageaktivitäten erleichtert. Er ist nach außen hin christdemokratisch orientiert und repräsentiert die Interessen aller Technokraten. Bis Oktober 1972 hatte er geringere Bedeutung, als er sich jedoch hinter den Streik der Lastwagenbesitzer und des Handels stellte, kam ihm plötzlich nationale Bedeutung zu. Die Entscheidung, sich dem Streik anzuschließen, wurde von der Exekutive der Christdemokratischen Partei gefällt und von dem Mann übermittelt (Julio Bazán), der jetzt Präsident des Verbandes ist und der über neun Jahre lang einer der Analytiker um Eduardo Frei war. Bewußt den Ex-Generalsekretär der CUPROCH, der zum Ende des Streiks, als Bazán die Präsidentschaft übernahm, seinen Posten verließ, wurde die CUPROCH plötzlich von Geld überflutet. Vorher gab es keines. Zum ersten Mal veröffentlichte der Mercurio und Radio Agricultura kostenlos Anzeigen und Erklärungen. Von den 100 Chilenen, die von der AIFLD in Fort Royal, Virginia, ausgebildet wurden, waren über 25 Mitglieder in Berufsverbänden der CUPROCH. Sie ist eine extrem rechts orientierte christdemokratische Front.

Julio Bazán: Präsident dieser Organisation, stammt Bazán aus einer der ältesten aristokratischen Familien Chiles. Diese kam gegen 1780 mit gekauften Adelstiteln ins Land. Er identifiziert sich stark mit den Christdemokraten, die die Partei in den 30er Jahren gründeten; sie spalteten sich von der Jugendgruppe der Konservativen Partei ab, um die Falange zu gründen. In den frühen 50er Jahren änderten sie den Namen in Christdemokratische Partei. Bazán arbeitet als Ingenieur bei der Andina Bergwerksgesellschaft, die den staatlich kontrollierten Minensektor ausmachte. Während der Regierungszeit der UP verdiente er um 7.000 Dollar pro Monat, die er bei der Zentralbank zur niedrigen offiziellen Rate eintauschen sollte. Aus Marktgründen und aus Gründen der Abrechnung wurden die Leute in diesem Bereich in Dollar bezahlt, jedoch verpflichtet, zu einem speziellen Kurs zu tauschen. Die meisten Leute, so äußerte sich Bazán selbst, tauschten jedoch auf dem Schwarzmarkt und horten so unter der UP-Regierung immense Reichtümer.

Bazáns Vorstellung der Organisation der Gesellschaft ist technokratisch. Seine Reaktion auf eine Umverteilung des Vermögens war: "Niemand hat das Recht, mir ein Haus mit versiegeltem Fußboden zu verweigern." Bazáns Strategie reflektiert die Position der rechten Christdemokratie. Aus Dokumenten und Erklärungen Bazáns geht klar hervor, daß Frei und die rechten Führer der Christdemokratischen Partei bereits frühzeitig für den gewaltsamen Sturz Allendes votierten; sie waren nicht bereit, auf eine ungewisse Chance im Jahre 1976 zu warten. Im Januar 1973 bemerkte Bazán, daß das Militär "nicht ohne die Christdemokratische Partei regieren könne" und daß die "einzige Möglichkeit einer rechtsorientierten Regierung darin bestünde, ein massives Massaker unter Kommunisten und Mitgliedern des MIR durchzuführen".

In einem internen politischen Dokument der Christdemokratischen Partei vom 31. Dezember 1971 schrieb Julio Bazán: "Es ist offensichtlich, daß eine politische Lösung der allgemeinen Krise dieses Landes nicht die Form annehmen kann, die wir Chilenen normalerweise gewohnt sind. Es scheint nun unvermeidlich, daß eine autoritäre Regierung in Chile installiert wird, deren hauptsächlichste Motivation Effizienz und Pragmatismus ist. Um dies zu ergänzen, wird solch eine Regierung sich auf eine Kombination von Streitkräften und der ausgebildeten Elite Chiles stützen müssen. Gegenwärtig ist es unmöglich, an eine andere Art der Lösung zu denken."

**LISTE DER KONTAKTADRESSEN DER CHILE - KOMITEES
AUS DER BUNDESREPUBLIK UND WESTBERLIN**

- Komitee Solidarität mit Chile, c/o Reinhard von Brunn
74 Tübingen, Gartenstr. 60, 07122/21676
- Chile - Komitee c/o Paul Pütz
4 Düsseldorf, Schützenstr.2, 0211/364637
- Komitee Solidarität mit Chile, c/o Jochen Kranz
69 Heidelberg, Hauptstr. 158, 06221/42426
- Chile - Komitee und Acla, c/o Patricio Handl Alvarez
2 Hamburg 13, Bornstr.2, 040/ 410 1115
- Aktion Lateinamerika, c/o ASTA
78 Freiburg, Bertholdstr. 26, 0761/25646
- Chile-Komitee, c/o Johann Rauh,
51 Aachen, Ludwigsallee 45, 0241/39386
- Acla, c/o Jorge Rivera
51 Aachen, Meerseenerstr. 4 (im Chile-Komitee Aachen)
- Chile - Komitee, c/o H. Haustein, E. Boris-Abendroth
355 Marburg, Ockershäuser Allee 5, 06421/21507
- Acla c/o Volker Petzoldt
8 München 22, Thierschstr.12, 089/227776
- Chile-Komitee, c/o Rainer Dietrich
28 Bremen, Humboldtstr. 48, 0421/343245
- Chile-Komitee, c/o René Sejas G.
65 Mainz, Am Gonsenheimer Spieß 1/131
- Chile-Komitee, c/o ESG-TU
1 Berlin 12, Carmerstr.11, ab 14 Uhr: 030/ 3139001
- KELA c/o Dieter Maier
6 Frankfurt a.M., Konrad Broßwitzstr.33, 0611/776650
- Acla Katholisches Studentenhaus Friedrich Dessauer
6 Frankfurt 1, Wilhelm v. Steubenstr. 90
- Komitee Solidarität mit Chile, c/o M. Bouza
4801 Bielefeld, Uerentrup-Mönkebergstr.202
- Chile-Komitee, c/o Rosemarie Hentz u. Ulli Lebro, ASTA
23 Kiel, Olshausenerstr. Postfach
- Chile-Komitee, c/o Dettmer Gründfeld
29 Oldenburg, Prinzessinweg 39, 0441/ 26918
- Komitee für ein sozialistisches Chile, c/o Michel Ehrke
3 Hannover, Grazerstr.6, 0511/839974
- Chile-Komitee, Sozialistisches Zentrum, c/o Ulf Baumgärtner
7 Stuttgart 1, Hasenbergstr. 92

INFORMATIONEN

KONTAKTADRESSEN FÜR FLÜCHTLINGSFRAGEN:

- Amnesty International: Zentrale für Europa: Theobald Road 53
London WC 1
Tel:00441 404 5831
- " Zentrale für die BRD: c/o Elma Müller
2 Hamburg 52
Beselerstr. 8
040/897445
- " weitere Gruppen in der BRD (wird fortges.)
- " Marburg: c/o Heiko Kaufmann
355 Marburg
Johann Müllerstr. 19
06421 64424
- " Frankfurt: 6 Frankfurt a.M.
Oederweg 153
0611/592898
- " Berlin: c/o Wolfgang Heinz
1 Berlin 20
Gatowerstr. 70
030/3684441
- " Köln: c/o Peter Klein
Siebengebirgsallee 30
0221 411745

Weltkirchenrat
(world Council of Churches)

1211 Genf 20 150 Route de Fernay
004122 333400
c/o Stanley Mitton
c/o Joao da Silva

Die Chile-Komitees in einigen Städten werden ausgehend von der Flüchtlingsproblematik vom 11. - 16. Dezember eine Öffentlichkeitswoche veranstalten. Es sind die Komitees in Heidelberg (Komitee Solidarität mit Chile), Aachen (Chile Komitee), Bremen (Chile-Komitee), Mainz (Chile-Komitee) und Tübingen (Komitee Solidarität mit Chile).

LATEINAMERIKANISCHE CHILE-KOMITEES

Die im folgenden aufgeführten lateinamerikanischen Chile-Komitees, die alle unter äußerst schwierigen Bedingungen arbeiten, haben sich unabhängig voneinander an alle deutschen und europäischen Komitees mit der dringenden Bitte gewandt, ihnen nach Kräften bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen für Flüchtlinge, bei der Bezahlung von Überfahrtskosten nach Europa und bei der Finanzierung ihrer publizistischen Aufklärungsarbeit zu helfen:

- Argentinien: Comité de Solidaridad con la Lucha de los Pueblos Latino-americanos, Thames 2472, Buenos Aires, Argentinien
- Kolumbien: Bloque Socialista, Comité de Solidaridad con los Trabajadores Chilenos, c/o Kochs, Apartado aereo 26415, Bogotá, Kolumbien
- Venezuela: Comité Venezolano de Solidaridad con Chile, Calle Madrid, Quinta Salas, Apartamento 3, Las Mercedes, Caracas, Venezuela

➤ Berliner Maler, Christoph Niess, malt für CHILE
16 Offset-Drucke (Postkarten) nach Pinselzeichnung
im Handsignierten und nummerierten Couvert 10,- DM!
Einzeldrucke (1 Postkarte) 0,50 DM!

erhältlich über
Chile - Komitee Berlin
ESC -TU, 1 Berlin 12, Caeberstr.11

Am Mittwoch, den 5. Dezember findet im Auditoriengebäude in Marburg/Lahn ein Chile-Tag statt, der vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften veranstaltet wird.

➤ Ein Leser der CHILE - NACHRICHTEN schrieb an den Kommandanten der Gefangeneninsel Dawson - auf Anregung der CHILE - NACHRICHTEN Nr.8 - um sich nach einem der Gefangenen, dem Direktor der Universidad Tecnica del Estado, Enrique Kirberg, zu erkundigen. Er erhielt einen Antwortbrief von Kommandanten der Gefangeneninsel und von Enrique Kirberg selbst. Wir rufen Kollegen Kirbergs, deutsche Universitätsrektoren, auf, für seine Freiheit zu intervenieren. Da wir an diesem Beispiel gesehen haben, wie sinnvoll derartige Briefe sein können wiederholen wir die Aufforderung zu schreiben:

An
Jorge Follay Fuenzalida
Correo Naval - Punta Arenas
Provincia de Magallanes
Chile

Sehr geehrter Comandante Jorge Follay,
Wir haben von der Verhaftung von Anselmo Sulc (Hugo Miranda, Fernando Flores, Clodomiro Almeyda, José Tohá, Jaime Tohá, Edgardo Enríquez Daniel Vergara, Aniceto Rodriguez, Tito Palestro, Julio Palestro, Alfredo Joignant, Carlos Jorquera, Enrique Kirberg, José Cadematori, Orlando Letelier und Carlos Briones) gehört. Da wir uns um sein gesundheitliches Befinden große Sorgen machen, bitten wir Sie höflich um Nachricht, ob wir Herrn Anselmo Sulc (...) in irgendeiner Weise behilflich sein können und wann mit seiner Entlassung zu rechnen ist.

Hochachtungsvoll

.....
(Um zu sichern, daß für jeden der Gefangenen Briefe dieser Art geschrieben werden, sollten sich Gruppen absprechen, wer für welchen Gefangenen schreibt)

➤ Missionare aus westeuropäischen Ländern, die Chile nach dem Militärputsch verlassen mußten, gründeten in Holland ein internationales Sekretariat der Bewegung Christen für den Sozialismus:

Sekretariat der 38 ausgewiesenen Missionare
Deurneseweg 7 A
Kristus Koning
Helmond, Niederlande

"Auf Grund unserer Erfahrung in Chile verpflichten wir uns weiterzuarbeiten für den Befreiungskampf der Armen und im besonderen der chilenischen Arbeitnehmerschaft von der Unterdrückung. Um die Arbeit besser durchführen zu könne, schlossen wir uns in einem Sekretariat zusammen, das seinen Sitz in Holland hat. Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen, Gruppen, Komitees, und Parteien, welche sich für Chile einsetzen."

LITERATURHINWEISE

In der Reihe rororo aktuell ist als Band 1717 A erschienen: KONTERREVOLUTION IN CHILE - ANALYSEN UND DOKUMENTE ZUM TERROR herausgegeben vom Komitee "Solidarität mit Chile"

Der Band enthält neben vielen Dokumenten unter anderem auch die wichtigsten Teile der Nummern 1 bis 5 der CHILE-NACHRICHTEN, die wegen ihrer ursprünglich sehr geringen Auflage (Nr. 1: 50, Nr. 4: 200, heute Nr. 10: 6000) schon seit langem vergriffen sind und deshalb unmöglich nachgeliefert werden können. Die Honorare für den Band gehen auf das Solidaritätskonto. Sie erhöhen sich mit der Steigerung der Auflage.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch noch einmal auf die vom Komitee "Solidarität mit Chile" und vom Sozialistischen Büro herausgegebene Broschüre "Dokumente zur Entwicklung in Chile" und auf das in der Novembernummer der Zeitschrift "links" abgedruckte Gespräch zwischen Klaus Meschkat und Dieter Esche mit dem Titel "Zur Strategie der UP und der revolutionären Linken".

In "Probleme des Klassenkampfes" Nr. 10 erscheint ein Interview mit Urs Müller-Plantenberg über die Entwicklung in Chile.

Das Chile-Komitee Hannover hat das Info "Revolution und Konterrevolution in Chile" (Sept./Okt. 73) herausgegeben. Es kann bestellt werden über: Spartakus-Vertrieb, 2 Hamburg, Von Melle Park.

Das Chile-Komitee in Kiel gibt Anfang Dezember die Broschüre "Worte und Taten der chilenischen Kapitalisten während der Reigerungszeit der Unidad Popular - und was man vom 'Sozialen Unternehmer' zu halten hat" heraus. Bezug durch: Jörg Feldner, 23 Kiel, Rendsburger Landstraße 59. Preis: DM 1,50 + 0,40 DM Porto.

Der Evangelische Pressedienst hat eine Dokumentation über Chile herausgegeben, die sich u.a. mit der Rolle der Ev. Kirche in Chile befaßt. Die Broschüre ist zubeziehen über: epd, 6 Frankfurt/Main, Friedrichstr. 34 (epd-Dokumentation Nr. 44/73).

Im Verlag Luchterhand ist das Buch von Volker Lühr, Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg erschienen. Preis: DM 8,30. Zu beziehen über die Buchhandlungen.

Die peruanische Zeitschrift "Sociedad y Política" Nummer 4 wurde in Berlin noch einmal gedruckt. Sie war am 25. September 1973 durch Militärkräfte beschlagnahmt worden, und ihre führenden Mitarbeiter Aníbal Quijano und Julio Cotler wurden deportiert.

Bestellungen bei: Arbeitsgruppe Perú c/o Martha Kipura 1 Berlin 65, Utrechterstr. 8

Preis pro verschicktem Exemplar 3.- DM

Bei Kollektivbestellung vom mehr als 10 Exemplaren beträgt der Preis 1.50 DM pro Exemplar plus Portokosten

Überweisung auf: Berliner Commerzbank 601 86 9100 Martha Kipura "Perú"

"PERU IST EIN CHILE IN ZEITLUPE UND NIEMAND BEMERKT ES"

REDAKTIONSNACHRICHTEN

Die auf dem Koordinationstreffen in Frankfurt a.M. am 24/5. November 1973 vertretenen CHILE - KOMITEES aus verschiedenen Städten der BRD und Westberlin haben sich auf folgendes geeinigt:

Die CHILE - NACHRICHTEN sind von dem im Juni 1973 gebildeten Komitee "Solidarität mit Chile" gegründet worden. Die Mitglieder dieses Komitees haben sich an der Gründung von Chile-Komitees in ihren Städten beteiligt. Heute können viele lokale Chile-Komitees die CHILE - NACHRICHTEN als ihr Organ betrachten.

Mit zunehmender Arbeitsüberlastung der einzelnen Komitees hat sich aber die redaktionelle Arbeit für die CHILE - NACHRICHTEN immer mehr auf die Berliner Redaktion beschränkt.

Um nun die CHILE - NACHRICHTEN wieder verstärkt zum Organ aller anwesenden und sympathisierenden Komitees bei relativer Autonomie der Berliner Redaktion zu machen, einigen sich die anwesenden Chile-Komitees auf folgende Vereinbarung:

- 1) Der Berliner Redaktion obliegt die laufende Redaktionsarbeit und ihre Organisation
2) Als Herausgeber handeln im Auftrag der anderen Komitees:

- Chile-Komitee Berlin
Chile-Komitee Hamburg
Komitee für ein sozialistisches Chile Hannover
Komitee Solidarität mit Chile Heidelberg
Chile-Komitee Marburg
Aela München
Komitee Solidarität mit Chile Tübingen

Gewählte Vertreter dieser Komitees arbeiten zusammen bei der langfristigen inhaltlichen Planung der CHILE - NACHRICHTEN, entscheiden in Fragen, die in der Berliner Redaktion strittig sind und können den Abdruck gemeinsam erarbeiteter Erklärungen verlangen.

Alle anwesenden Chile-Komitees verpflichten sich, regelmäßig über ihre Publikationen und ihre Öffentlichkeitsarbeit an die CHILE - NACHRICHTEN zu berichten und auch die Arbeit der Redaktion zu kritisieren.

Zur Möglichkeit von Sondernummern der CHILE-NACHRICHTEN

Die Redaktion der CHILE-NACHRICHTEN erhält in letzter Zeit immer mehr Materialien, die wegen ihres Umfangs und Inhalts oft in den auf Aktualität ausgerichteten normalen Nummern keine Aufnahme finden können, obwohl sie für die Analyse des chilenischen Prozesses vor und nach dem Putsch von großem Wert sind. Wollte man diese Materialien einem größeren Publikum zugänglich machen, so wäre es das Einfachste, Sondernummern herauszugeben, was auch dadurch möglich geworden ist, daß die normalen Nummern jetzt in größerem Abstand erscheinen. Um aber eine solche Entscheidung treffen zu können und auch